

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 48 R.-M., in den Ausgabestellen: 48 R.-M., durch die Träger ins Haus gebracht: R.-M. 1.— für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 20 R.-M., auswärts. Anzeigen 30 R.-M., Brief. Kleinanzeigen R.-M. 1.—, auswärts. Kleinanzeigen R.-M. 1.50 für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 199.

Samstag, 1. August 1931.

79. Jahrgang.

Die Ueberleitung zum vollen Zahlungsverkehr.

Diskonterhöhung auf 15 Prozent. — Industriekapital für die Danabank.
Reichsbeteiligung bei der Dresdner Bank.

Das Kabinett berät weiter.

as. Berlin, 1. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Wieder normaler Zahlungsverkehr! Das ist der Sinn des Beschlusses, den die Reichsregierung gestern nacht fasste. Bis Mittwoch wird es noch Übergangsbestimmungen geben, dann aber soll der Bankapparat normal funktionieren, während für die Sparkassen, wie hier bereits vorausgesetzt wurde, und entsprechend auch für die Sparkonten bei den Banken zunächst noch Einschränkungen bestehen bleiben.

Um die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs zu ermöglichen, bedurfte es mehrerer vorbereitender Maßnahmen.

Einmal mußte man, wie schon gesagt wurde, den Diskontsatz der Reichsbank erhöhen, das ist gestern geschehen, und wir haben von heute ab einen Diskontsatz von 15 Prozent. Manche Theoretiker forderten einen noch höheren Satz, aber die Reichsbank hat sich den wiederholt geäußerten Bedenken nicht verschließen können, daß nämlich durch eine überhöhte Diskontpolitik auch die gesunden Betriebe zerschlagen und die Arbeitslosigkeit gesteigert würde.

Die Reichsbank selbst bezeichnet den gegenwärtigen hohen Satz als eine Maßnahme, die den Übergang zu dem normalen Zahlungsverkehr erleichtern soll, und sie hofft, daß sie bald in den Stand gesetzt wird, zu erträglicheren Zinssätzen zurückzukehren.

Bemerkenswert ist im übrigen, daß die Mitglieder des Generalrates der Reichsbank gestern die Gelegenheit benutzten, dem Präsidenten Dr. Luther und dem gesamten Direktorium ihr Vertrauen und ihre Anerkennung auszusprechen. Das ist für Dr. Luther ein Pflichter, denn bekanntlich war seine Tätigkeit in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten sehr stark kritisiert worden.

Zum anderen mußte man, um den vollen Zahlungsverkehr wieder zu ermöglichen, auch diejenigen Großbanken wieder flott machen, die von den Kreditstößen des Auslandes besonders stark betroffen waren. Auch das ist geschehen.

An der Dresdner Bank wird sich das Reich beteiligen, während von der Darmstädter und Nationalbank rund 35 Millionen Aktien bei einem Gesamtkapital von 60 Millionen uneingesetzt zur Verfügung gestellt wurden.

Dieser Aktienbetrag ist von den industriellen Freunden der Bank, darunter A. G. Farben, Siemens, Ver. Stahlwerke und anderen westdeutschen Großunternehmungen zu einem Preise von 125 Prozent übernommen worden, so daß die Bank neue Mittel im Betrage von rund 43 Millionen Reichsmark zusetzen. Somit sind alle Maßnahmen getroffen, um ein reibungsloses Funktionieren sicherzustellen, wenn am Mittwoch die letzten Fesseln für den Bankverkehr — abgesehen von den Sparkonten — fallen werden. Es bleibt nur übrig, zu hoffen, daß das Publikum auch dann vernünftige Dispositionen trifft und die Lage nicht durch Unruhe und Nervosität erschwert.

Mit der Regelung des Zahlungsverkehrs ist die dringendste Augenblicksfrage des Kabinetts zum Glück gelöst.

Man erwartet im Zusammenhang hiermit allerdings noch weitere Maßnahmen der Regierung, nämlich vor allem ein Marktaustrittsverbot und eine scharfe Devisenbewirtschaftung.

Dann aber wird das Kabinett seine Beratungen über den großen Sanierungsplan fortsetzen. Hier handelt es sich um einen sehr schwierigen Fragenkreis. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt mitteilen zu können, daß im Kabinett im Zusammenhang mit dem Problem der allgemeinen Lohn- und Preislenkung auch die Möglichkeit einer Herabsetzung der Mieten erörtert worden sei. Ob diese Darstellung zutreffend ist, läßt sich im Augenblick mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Jedenfalls muß betont werden, daß es sich hier um einen sehr großen Fragenkreis handelt, und daß schon aus diesem Grunde mit einem schnellen Abschluß der Besprechungen nicht zu rechnen ist. Das Kabinett wird über diese Probleme in der nächsten Woche weiter beraten müssen.

Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs in der kommenden Woche.

Noch gewisse Beschränkungen für Sparkassen.

Berlin, 1. Aug. Entsprechend der Ankündigung der Reichsregierung wird in der kommenden Woche die Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs erfolgen. Es wird am Montag der unbeschränkte Überweisungsverkehr innerhalb der zum Überweisungsverband gehörigen Institute, am Dienstag der unbeschränkte Überweisungsverkehr unter Ausschluß der Überweisungen auf Postcheck- und Reichsbankkonten, im übrigen ganz allgemein aufgenommen werden. Vom Mittwoch ab werden auch die Überweisungen auf Postcheck- und Reichsbankkonten und die Barauszahlungen aus Kontokorrent- und Girokonten unbeschränkt zulässig sein, während Abhebungen von Sparkassen bei Banken, Sparkassen und Genossenschaften zunächst noch gewissen Beschränkungen unterworfen bleiben. Die Verordnung, die die Einzelheiten regelt, wird im Laufe des Samstags erlassen werden.

Diskonterhöhung der Reichsbank.

Der Diskontsatz 15 Prozent und der Lombardsatz 20 Prozent.

Berlin, 31. Juli. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom Samstag, den 1. August, ab, den Diskontsatz von 10 auf 15 Prozent und den Lombardsatz von 15 auf 20 Prozent erhöht.

Die Reichsbank teilt dazu mit: Das Reichsbankdirektorium hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. August ab den Diskontsatz von 10 auf 15 Prozent und den Lombardsatz von 15 auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Rücksicht auf die nachteiligen Auswirkungen solch hoher Zinssätze auf die ohnehin schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere auch der Landwirtschaft, hat die Reichsbank veranlaßt, solange als möglich an den zurzeit geltenden Zinssätzen festzuhalten. Wenn die Reichsbank sich gleichwohl im Hinblick auf die aus Anlaß der bevorstehenden Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs zu erwartenden Ansprüche zur Vornahme der Erhöhung und zwar gleich in dem erwähnten starken Ausmaß entschlossen hat, so tut sie es im Vertrauen darauf, daß der Übergang zum normalen Zahlungsverkehr und Überweisungsverkehr dadurch bald erleichtert und sie ebenso schnell in Stand gesetzt wird, zu erträglichen Zinssätzen zurückzukehren. Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit der Beschlußfassung konnten nur die in Berlin anwesenden und erreichbaren Mitglieder des Zentralausschusses zur Beratung herangezogen werden.

Eine Transaktion für die Dresdner Bank.

Die Verhandlungen vor dem Abschluß.

Berlin, 1. Aug. Zwischen dem Reich und der Dresdner Bank schweben Verhandlungen wegen einer Beteiligung an des Reiches an der Bank. Es soll eine große Transaktion durchgeführt werden, bei der es sich darum handelt, daß die Dresdner Bank Vorschüsse im Betrage von 300 Millionen Mark ausgibt, von denen das Reich einen beträchtlichen Teil übernehmen soll. Wie wir erfahren, steht die endgültige Regelung dieser Transaktion unmittelbar bevor. Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank tritt im Laufe des Samstags nachmittags zusammen, um über die Transaktion Beschluß zu fassen.

Die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Notenbank.

Sir Robert Kindersley wieder in Paris.

Paris, 31. Juli. Der Vertreter der Bank von England, Sir Robert Kindersley, ist heute nachmittags in Paris eingetroffen. Er hat sich sofort in die Bank von Frankreich begeben, wo er mit dem Gouverneur Moret und Unter-Gouverneur Garnier eine lange Unterredung hatte. Danach teilt aus deren Inhalt mit, daß man die Prüfung über den Abkommensentwurf, der anläßlich des letzten Besuchs Lord Kindersleys in Paris ausgearbeitet worden ist, fortgesetzt habe. Es seien des weiteren die Bedingungen geprüft worden, unter denen eine gemeinsame Aktion der drei Emissionsbanken von Amerika, Frankreich und England unternommen werden könne, um die Geldbewegung auf den hauptsächlichsten Plätzen zu regulieren. Die wichtigen Verhandlungen seien in einem fortdauernden Geiste geführt, aber es sei keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Die Besprechung werde Samstagvormittag fortgesetzt werden.

Was bedeuten jährlich zwei Milliarden?

Drei Punkte darf eine zielbewußte deutsche Politik nie aus dem Auge verlieren. Einmal den Erweis der Kriegsschuldfrage als Fundament des Vertrages von Versailles, sodann die damit im engsten Zusammenhang stehende Notwendigkeit der Revision dieses Friedensvertrages und schließlich die Durchführung der von den Alliierten feierlich durch Friedensvertrag und Völkerbund übernommenen Verpflichtung zur Aufrüstung.

Demzufolge konzentriert sich auch die deutsche Aufklärungsarbeit immer wieder auf diese drei Ziele. Im folgenden werden die Zahlen des Young-Plans im Zusammenhang mit der deutschen Volkswirtschaft betrachtet. Der ganze Wahnsinn dieser Tributforderung springt dabei erneut in die Augen. Die wahre Seite des Young-Planes wird durch das System der Ratenzahlung verschleiert. Wenn man einen deutlichen Begriff von dem Verlust erhalten will, den die deutsche Volkswirtschaft mit der Durchführung des Young-Planes erleidet, muß man einmal die vorgezeichneten Annuitäten kapitalisieren und den Gegenwerts-wert dieser Annuitäten ermitteln. Es erübrigt sich hier, die mathematisch-wirtschaftlichen Methoden aufzuzeigen, die zur Berechnung des gegenwärtigen Kapitalwertes der jährlichen Geldleistungen führen. Das Endergebnis mag genügen. Danach ergeben die 59 Annuitäten des Young-Planes addiert rund 114 Milliarden, mit Dawes-Anleihe und dem belgischem Marktabkommen sogar 116 Milliarden. Der Gegenwartswert dieser Annuitätensumme ändert sich nach der Höhe des Zinsfußes. Er ist bei Zugrundelegung der 5½-prozentigen Verzinsung, die der Young-Plan vorsieht, 36 Milliarden Reichsmark.

36 Milliarden entziehen also Young-Plan und Dawes-Anleihe und belgisches Marktabkommen der deutschen Wirtschaft. Um sich die Größe und volkswirtschaftliche Bedeutung einer solchen Zahl zu veranschaulichen, tut man gut, sie an einigen Wirtschaftswerten Deutschlands zu messen. Der Gesamtwert der chemischen Industrie beläuft sich auf 6 Milliarden Reichsmark, der des gesamten Kalkbergbaus auf 0,7 Milliarden. Sämtliche Elektrizitätsanlagen mit Verteilungsstellen stellen einen Wert von 12,5 Milliarden, der gesamte Kohlenbergbau einen solchen von 5 Milliarden dar. Den Wert der Hochseeflotte beziffert man auf 4 Milliarden, den der deutschen Eisenbahn (staatlich und privat) einschließlich aller Baulichkeiten und des rollenden Materials auf 26 Milliarden Reichsmark. 37 Milliarden Gegenwartswert der Young-Plan-Annuitäten bedeuten also: Es wird der deutschen Wirtschaft eine Summe entzogen, die so groß ist als der Wert der gesamten chemischen Industrie, des Kalkbergbaues, der Elektrizitätsanlagen, des Kohlenbergbaues, der Hochseeflotte und ein Drittel der deutschen Eisenbahnanlagen zusammengefaßt.

Man kann sich die 36 Milliarden auch anders veranschaulichen. Ein häuerlicher Betrieb von 5 Hektar Größe besitzt einschließlich Baulichkeiten, lebendem und totem Inventar etwa einen Wert von 20 000 Reichsmark. Nimmt man die gegenwärtige Entwertung und die jetzt geltenden Preis- und Zollverhältnisse als Dauerzustand an, so ergibt sich ein noch geringerer Wert, nämlich nur etwa 15 000 Reichsmark. Unter Zugrundelegung der beiden angegebenen Werte läßt sich errechnen, daß der Barwert der Young-Annuitäten in Höhe von 36 Milliarden einem Gesamtareal von 9 bzw. 12 Millionen Hektar entspricht, das heißt rund die Hälfte des gesamten deutschen Ackerlandes darstellt, das 20,7 Millionen Hektar beträgt.

Im Vorstehenden ist der Versuch gemacht, den Gegenwartswert der Young-Plan-Annuitäten an Zahlen aus der Industrie und der Landwirtschaft zu verdeutlichen. Wir haben uns, namentlich seit den Zeiten der Inflation, an große Zahlen gewöhnt. Wer hätte etwa um das Jahr 1500 oder 1800 auch nur im leisesten an die Möglichkeit so hoher Geldbeträge denken können, mit denen wir heute auf allen Gebieten wie spielend operieren? Es wäre damals wie ein Märchen erschienen, wenn erzählt worden wäre, einem Volke würden Kriegsschulden auferlegt in Höhe von zwei Milliarden Gold, 59 Jahre lang, also über zwei Generationen hin, über ein heute lebendes und ein noch nicht einmal geborenes Geschlecht! Aber der Aderlaß von jährlich 2 Milliarden ist eine grausige Wirklichkeit geworden, die ein unfeliger Friedensschluß erzwingen will.

Was sind 2 Milliarden? Auch diese Summe soll an authentischem Material aus dem deutschen Wirtschaftsleben veranschaulicht werden. Nach vorliegenden Angaben betrug 1928 der Gesamtmarkt der Erzeugung der deutschen Autoindustrie 1,1 Milliarden Reichsmark; die Bereifungsindustrie schuf Werte in Höhe von 204

Von der Notverordnung zum ordentlichen Recht.

Das Überleitungsgesetz.

Änderungen des Strafgesetzbuches.

Berlin, 1. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsminister des Innern hat dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung außerordentlicher Vorschriften in die ordentliche Gesetzgebung (Überleitungsgesetz) zugeleitet. Von den in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Reichsverfassungsgesetzes auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 erlassenen Verordnungen des Reichspräsidenten sind einige noch in Kraft und konnten bisher nicht aufgehoben werden, da bei ihrem erlassenen Fortfall Lücken im Recht entstanden wären. Soweit für die Fortgeltung dieser Vorschriften ein sachliches Bedürfnis besteht, sollen sie jetzt in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden. Der vorliegende Entwurf stellt die in Frage kommenden Vorschriften zusammen. Zugleich mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes werden die noch geltenden Verordnungen durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben werden können.

Es handelt sich im wesentlichen um folgendes: Zunächst um gewisse Änderungen des Strafgesetzbuches. Diese beziehen sich einmal auf die Vorschriften gegen Steuerhinterziehung. Es soll eine neue Bestimmung in das Strafgesetzbuch eingefügt werden, wonach mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, einer steuerrechtlichen Verpflichtung nicht zu genügen. Diese Vorschrift entspricht den Bestimmungen im Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches mit der Abweichung, daß nach dem neuen Gesetzentwurf die Zulassung mildernder Umstände ausdrücklich ausgesprochen werden muß.

Die zweite Änderung oder Ergänzung des Strafgesetzbuches bezieht sich auf den Schutz lebenswichtiger Betriebe. Sie bedroht mit Gefängnisstrafe die Verbin-

derung oder Änderung eines zur öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Werkes. Auch die Abfuhr der Störung und der Versuch ist strafbar. Im geltenden Recht ist bisher ein besonderer Strafschutz nur für wenige lebenswichtige Betriebe (Telegraphen-, Fernsprech- und Rohrpostanlagen) vorgesehen, während er für andere nur aus den allgemeinen Vorschriften über Sachbeschädigung entnommen werden konnte. Angesichts der Bedeutung, die Sabotagehandlungen aus verschiedensten Anlässen gewinnen können, erschien die strafrechtliche Regelung dieser Frage dringend und die neue Vorschrift stellt die öffentlichen Betriebe unter besonderen Schutz gegen Sabotage. Der Strafrechts-Ausschuß hat die hiermit zusammenhängenden Fragen besonders ausführlich erörtert und ist in wichtigen Gesichtspunkten der neuen Regelung Anregungen des staatsparteilichen Abgeordneten Ehlermann gefolgt.

Ein zweiter Artikel des neuen Gesetzentwurfs regelt die Überleitung des Verfahrens vor außerordentlichen Gerichten auf die ordentlichen Gerichte und wird damit begründet, daß auf Grund der zu beseitigenden Verordnungen eingeleitete Verfahren Auswirkungen haben können, die noch über längere Zeit andauern.

Artikel 3 der Vorlage betrifft das Depot-Gesetz, das auf Grund der Entwicklung des Effektenverkehrs in den letzten Jahren einer Änderung bedürftig ist. Dieser Teil der Vorlage ist besonders ausführlich in seinen Bestimmungen über die Verpflichtung des Kommissionärs und über den Schutz gegen strafbare Handlungen.

Die beiden letzten Paragraphen des Entwurfs betreffen die Änderung des Gebührengesetzes für Auslandsbehörden und die Änderung des Gebührenleistungsgesetzes, berühren also Spezialfragen, die nur bestimmte Kreise interessieren.

Die neuen Agrarpläne.

Provisorische Lagerchein-Regelung. — Exportförderung.

Berlin, 1. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Im Reichsernährungsministerium werden zurzeit im Zusammenhang mit der diesjährigen Ernte-Kampagne eine Reihe wichtiger Maßnahmen vorbereitet. So wird zunächst die Regierung von der im Handelsklassengesetz enthaltenen Ermächtigung zur Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte Gebrauch machen, und auf dem Wege über eine Verordnung Bestimmungen über die Standardisierung von Getreide in Kürze herausgeben. Ein besonderes Gesetz, d. h. eine Notverordnung, ist für die Standardisierung also nicht notwendig, während für die ebenfalls damit zusammenhängende bevorstehende Regelung des Lagercheinwesens wohl der Artikel 48 in Anspruch genommen werden muß. In Zusammenarbeit mit dem Reichsjustizministerium ist bereits ein Entwurf über die Neuregelung des Lagercheinwesens ausgearbeitet worden. Wie wir aber hören, stehen seiner Durchführung noch einige Schwierigkeiten entgegen, wobei hinzukommt, daß man den Entwurf auch noch dem Reichswirtschaftsrat vorlegen möchte, so daß man sich zunächst wohl mit einer in Kürze zu erwartenden Zwischenlösung begnügen wird. Eine endgültige Regelung des Lagercheinwesens ist daher erst für später zu erwarten.

Sehr kompliziert sind die Pläne, mit denen man die Wiederholung von den zuständigen Stellen erwähnte Exportförderung für Getreide in den kritischen Monaten des Hauptangebotes zur Entlastung des inneren Marktes erreichen will. Nach dem augenblicklichen Stand dieser Verhandlungen denkt man daran, die Weizen- und Roggenausfuhr in den ersten Monaten dadurch zu forcieren, daß man für jede ausgeführte Tonne eine Zollermäßigung bei der Einfuhr bestimmter dringend benötigter Weizen- und Roggenarten gibt, von der aber erst nach bestimmten Zeitabschnitten Gebrauch gemacht werden kann. Man denkt z. B. für die Weizeneinfuhr an eine Zollermäßigung von 250 auf dann 30 Mark, wobei die dadurch erzielte Differenz zur Verbilligung des Getreidepreises verwendet werden soll, damit das deutsche Getreide auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wird. Gleichzeitig wird den Mühlen erlaubt, ausländischen Weizen zu vermahlen, wenn vorher deutsches Getreide exportiert worden ist. Durch entsprechende Bestimmungen soll erreicht werden, daß in der eigentlichen Hauptbelastungszeit des Inlandsmarktes nur ein Drittel von der exportierten Getreidemenge an ausländischen Weizen und Roggen zulässig ist.

Mussolini über das Schicksalsjahr 1932.

Entweder Erneuerung oder Vernichtung unserer Zivilisation.

Paris, 31. Juli. „Das Jahr 1932 wird über unser Schicksal entscheiden, im guten oder im bösen“, schreibt heute Mussolini u. a. in der Wochenschrift „Anales“. „Wir stehen vor einem furchtbaren Dilemma: Entweder Erneuerung oder Vernichtung unserer Zivilisation.“ Die bisherigen Bemühungen zur Herstellung der internationalen Solidarität seien vergeblich geblieben. Alle Projekte und Gegenprojekte haben sich gegenseitig aufgehoben und es blieb nur noch das Leere Nichts übrig. Das zeigt, wie eitel die internationalen Konferenzen sind; denn wir haben vor uns die höchst greifbare Tatsache, daß Europa im Begriff ist, zusammenzubrechen. Doch das Heil kann auch nach Mussolinis Ansicht ohne eine neue „eitle“ Konferenz kommen. Der Hoover-Plan hat den Weg gezeigt. Die zweite Maßnahme, die jetzt notwendig ist, ist politischer Natur: Man muß der Welt eine Zeit des Friedens von mindestens zehn Jahren sichern. Deshalb ist für den 2. Februar 1932 einberufene Abrüstungskonferenz des Völkerbundes von höchster Bedeutung. Nicht nur die Existenz des Völkerbundes steht auf dem Spiel, sondern das Schicksal der ganzen Menschheit. Diese Konferenz darf kein Mißerfolg sein; denn wäre sie das, könnte man sie nur als den Prolog für die endgültige Katastrophe ansehen.“

Die Ablieferung der Staatssteuern durch die Gemeinden.

Eine energische Verordnung des preussischen Finanzministers.

Berlin, 31. Juli. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff hat seinen einen Rundbrief an die Regierungspräsidenten, Landräte und Magistratspräsidenten herausgegeben, in dem er beschleunigte Ablieferung der Staatssteuern durch die Gemeinden fordert. In dem Erlaß heißt es u. a.:

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich während der letzten Wochen hat auch die Finanzlage des preussischen Staates in Mitleidenenschaft gezogen. Zur Überwindung der Schwierigkeiten und zur Aufrechterhaltung des geordneten Ganges der Verwaltung ist der pünktliche Eingang der Steuern unerlässlich. Neben der genauesten Beachtung der Steuerzahlungstermine und neben der gewissenhaften Erhebung der Staatssteuern seitens der Gemeinden kommt der pünktlichen Ablieferung der bei den Gemeinden eingegangenen Steuerbeträge an die staatlichen Kassen unter den gegenwärtigen Verhältnissen entscheidende Bedeutung zu. Die kommunalaufsichtsbehörden werden daher ersucht, die fristgemäße Ablieferung der Staatssteuern durch die Gemeinden mit besonderer Sorgfalt zu überwachen, über Unregelmäßigkeiten umgehend zu berichten und von sich aus unersetzlich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die geordnete Ablieferung der Steuern sicherzustellen. Die Regierungspräsidenten und Landräte persönlich trifft die volle Verantwortung für die Durchführung dieses Erlasses. Bei offensichtlichen Verletzungen einer Gemeinde bleibt zu prüfen, die schuldigen Gemeindebeamten zur Rechenschaft zu ziehen.“

In den Durchführungsbestimmungen der Verordnung heißt es u. a.: Die Gemeindeverwaltungen haben die Steuern am Freitag jeder Woche an die Kreisstelle abzuliefern. Soweit jedoch die Eingänge seit der letzten Ablieferung den Betrag von 2000 Mark übersteigen, hat die Ablieferung sofort nach dem Tage zu erfolgen, an dem der Betrag von 2000 Mark erreicht ist. Am Freitag jeder Woche ist in jedem Falle abzuliefern. Die Regierungspräsidenten sind ermächtigt, für einzelne Gemeinden statt des Betrages von 2000 Mark einen niedrigeren Betrag festzusetzen. Zur Sicherung der pünktlichen Ablieferung der Steuern werden die Regierungspräsidenten ermächtigt, für die Gemeinden, die sich bei der Ablieferung säumend erweisen, staatliche Beamte zu bestimmen, die die Ablieferung der eingegangenen Staatssteuerbeträge an Ort und Stelle überwachen. Der Beamte hat das Recht zur Einsichtnahme in alle die Erhebung und Ablieferung der Steuern betreffenden Unterlagen.

Die Verordnung bestimmt ferner: Einer Gemeinde, die mit der Ablieferung der eingegangenen Staatssteuern rückständig ist, sind die Steuerüberweisungen bis zur Höhe des rückständigen Staatssteuerbetrages einzubehalten und gegen den rückständigen Staatssteuerbetrag aufzurechnen. Ferner wird auf den Rückstand vom 1. 10. 1925 aufmerksam gemacht, nach dem von den Gemeinden Erfas des Verszugs Schadens gefordert werden kann. Als Verszugsboden ist mit Rücksicht auf die gegenwärtige Geldlage der Lombardbank der Reichsbank von den mit der Ablieferung säumigen Gemeinden zu fordern.

Auch England muß sparen.

Berücksichtigung der Gehälter, Pensionen und Unterhaltungsätze.

London, 31. Juli. Der Bericht des Nationalen Wirtschaftsausschusses wird, wie Premierminister MacDonald heute im Unterhause mitteilte, einem von der Regierung eingesetzten „Fünf-Männer-Ausschuß“ zum Studium während der Parlamentsferien überwiesen werden. Der Ausschuss besteht aus dem Premierminister selbst, ferner aus Snowden, Henderson, dem Staatssekretär der Dominions, Thomas und dem Präsidenten der Handelskammern Graham. Die wichtigste vorgeschlagene Sparmaßnahme ist die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze um 20 Prozent und die Erhöhung der möglichen Beiträge um 10 Pence. Gleichfalls um 20 Prozent sollen die Gehälter der Lehrer gekürzt werden, die der Polizisten um 12½ Prozent. Die Entlohnung der Truppen soll nach den Sätzen des Jahres 1925 erfolgen. Auch die Pensionen der Offiziere zu kürzen wird vorgeschlagen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Anhebung der Kosten der Flottenverdrängung zu vermindern, ohne, wie der Bericht sagt, die nationale Sicherheit zu gefährden. Daneben werden noch eine Reihe von kleineren Einsparungen angedeutet.

Die beiden Arbeitermitglieder des Komitees haben in einem Minderheitsbericht gegen verschiedene Punkte Protest erhoben.

Millionen Reichsmark. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie beschäftigte im nämlichen Jahre 90 000 Arbeiter und Angestellte. Die jährliche Annuität von 2 Mill. Reichsmark entspricht also dem doppelten Werte einer Jahresproduktion und 180 000 Arbeiter und Angestellte hätten ihr Brot.

Legt man Zahlen aus dem Baugewerbe zu Grunde, so ergibt sich folgendes Bild: Deutschland baute 1927—1929 rund 330 000 Wohnungen pro Jahr für den Betrag von je 3,2 Milliarden Reichsmark. Für die 2 Milliarden jährlicher Annuität könnte also Wohnung für rund 1 Million Menschen geschaffen werden.

Nach dem Archiv für Eisenbahnwesen 1930 waren im Jahre 1928 bei der deutschen Reichsbahn 700 000 Personen beschäftigt, davon 44 Prozent Beamte und etwa 56 Prozent Arbeiter. Der gesamte Aufwand für das Personal belief sich auf rund 2,36 Milliarden Reichsmark für das Jahr 1928. Das heißt: fast das gesamte Eisenbahnpersonal könnte aus einer einzigen Annuität des Young-Planes bezahlt werden.

Den Berichten des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches für 1930 zufolge, betrug der Wert der deutschen Stein- und Braunkohlenförderung in 1929 rund 2,5 Milliarden Reichsmark bzw. 1/2 Milliarde Reichsmark, zusammen also 3 Milliarden. Beschäftigt waren zur selben Zeit im Stein- und Braunkohlenbergbau 520 000 bzw. 105 000 Personen. Eine jährliche Annuität des Young-Plans stellt also beinahe den Gesamtwert der Steinkohlenförderung eines Jahres dar.

Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Aber schon die angeführten genügen, um deutlich zu machen, was 2 Milliarden jährlicher Reparationslasten im Rahmen einer modernen Wirtschaft wie der deutschen zu bedeuten haben. Sie zeigen mit aller Klarheit, daß der Young-Plan undurchführbar ist. Auch die verbohrteste Hartnäckigkeit und die gewollte Blindheit wird sich auf die Dauer der konkreten Wirklichkeit nicht verschließen können.

Wiederaufrichtung der Darmstädter und Nationalbank.

Eine Verständigung mit der Industrie.

Berlin, 31. Juli. Die Darmstädter und Nationalbank wird bei Wiederaufnahme des allgemeinen Zahlungsverkehrs ihre Schalter öffnen und alle Zahlungen uneingeschränkt leisten. Durch eine Verständigung mit der Industrie ist erreicht worden, daß diese die von der Bank und ihr nahestehenden Kreisen ausgenommenen Aktien, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, im Nennwert von 35 Mill. Mark zum Kurse von 125 Prozent übernimmt. Dadurch werden der Bank neue Mittel im Betrage von rund 43 Millionen Mark zugeführt. Die Ausfallbürgschaft des Reiches für die alten und neuen Gläubigerforderungen besteht fort und wird auf alle Wechselverbindlichkeiten und Bürgschaftsverpflichtungen der Bank ausgedehnt werden. Die Aufstellung des Status der Bank hat ergeben, daß die notwendig gewordenen Abstreichungen durch die offenen und stillen Reserven voll abgedeckt sind. Für später ist eine Verbreiterung der Kapitalbasis der Bank vorgesehen. Die Ausführung dieser Absicht wird geschehen, sobald die Verhältnisse in der Wirtschaft eine feste Beurteilung zulassen. Durch die Bepfechtungen mit der Reichsregierung und der Reichsbank ist die Gewissheit geschaffen, daß die Bank allen Anforderungen, die durch die volle Aufnahme des Zahlungsverkehrs an sie herantreten können, zu entsprechen vermag.

Die Ausfallbürgschaft erweitert.

Berlin, 31. Juli. Vierte Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 (RGBl. I, S. 359), wird verordnet: Artikel 1. 1. Die Reichsregierung übernimmt namens des Reichs über die Vorschriften des Art. 1 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931 (RGBl. I, S. 359) hinaus die Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Wechselverbindlichkeiten der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, auch soweit es sich nicht um eigene Akte der Bank handelt. Die Ausfallbürgschaft erstreckt sich ferner auf Bürgschaftsverpflichtungen der Bank einschließlich der Verbindlichkeiten aus Wechselbürgschaften. 2. Die Vorschriften in Art. 1 Abs. 2 und in Art. 2 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931 (RGBl. I, S. 359) gelten entsprechend. Artikel 2. Diese Verordnung tritt am 31. Juli 1931 in Kraft.

Der Anleihevorschlag der französischen Kunsthändler.

Ablehnung in Berlin.

Berlin, 31. Juli. Der von der Agentur Havas veröffentlichte Vorschlag der französischen Kunsthändler, Deutschland eine größere Anleihe zu gewähren, wenn es einen Teil seiner Kunstschätze Frankreich als Pfand überlasse, wird in Berliner politischen Kreisen als absurd und eine Diskussion nicht lohnend bezeichnet.

Das Vertrauen der Cortes für Alcalá Zamora.

Madrid, 31. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Cortes haben durch Zufall und mit überwältigender Mehrheit der vorläufigen Regierung Alcalá Zamora das Vertrauen ausgesprochen. Die Regierung wird daher bis zur Annahme der Verfassung durch das Parlament im Amt bleiben.

Wiesbadener Nachrichten.

Mäßig warm und wechselvoll.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die kurze Hitzeperiode am Ende der Vormwoche ist, wie erwartet, nur eine vorübergehende Erscheinung geblieben, und die vergangenen acht Tage waren gemäß unserer Voraussage in ganz Mitteleuropa wieder veränderlich. Dabei waren die Temperaturen nicht unerheblichen Schwankungen ausgesetzt. So wurden Montag, vom äußersten Deutschlands abgesehen, fast durchweg beträchtliche Wärmegrade erreicht; in Nord- und Ostdeutschland stieg das Thermometer vielfach auf 28 und 29, in Oberschlesien sogar auf 30 Grad Wärme. Dann machte der kühle Weststrom auch im östlichen Mitteleuropa dem schönen Wetter mit Gewittern und heftigen Regengüssen ein Ende. Die Niederschläge dauerten vielfach auch Mittwoch noch fort.

Wenn nicht alles trügt, wird die veränderliche Witterung auch weiterhin vorherrschend bleiben, obwohl das letzte Drittel des eigentlichen Sommers noch bevorsteht, erscheint es nicht allzu früh, dem Sommer 1931 schon jetzt, wenn auch vorläufig, die Note eines veränderlichen und mäßig warmen, also normalen Sommers zuzuteilen. Das entspricht auch den im Frühjahr auf Grund der frühzeitigen großen Hitze gehegten Erwartungen. Denn auf ausgesprochene Hitzeperioden im Mai und Juni folgen fast immer regnerische Hochsommermonate, eine Erfahrung, die sich erst im vergangenen Jahr mit seinem heißen Juni wieder bewährt hatte, und die sich nach dem heißen Mai dieses Jahres anscheinend auch im gegenwärtigen Sommer bestätigt. Der jetzt beendete Juli war zwar nicht so außerordentlich regnerisch wie der von 1930, aber sein Gesamtkarakter war doch der eines veränderlichen Hochsommermonats, in dem die heißen Tage nur vereinzelt auftraten.

Es sieht jedenfalls nicht so aus, als ob der August wesentlich anders werden sollte. Vielleicht kommt es in der zweiten Monatshälfte noch einmal zu einer Periode warmen und beständigen Hochdruckwetters, ähnlich wie wir sie im vergangenen Jahr als zeitigen Abschluss des Sommers in der letzten Augustwoche hatten. Vorläufig wird eine langgestreckte Wirtelschleife, die vom europäischen Nordmeer westwärts über den ganzen Atlantik bis nach Amerika reicht, bestimmend für die europäische Großwetterlage bleiben. Auf der Südseite dieser Zirkulation erstreckt sich, ebenso einseitig ein mächtiger Gürtel hohen Luftdrucks von den Alpen westwärts über den Ozean bis zur Westküste des Golfs von Mexiko. Am westlichen Ausläufer der beiden Luftkörper, im mittleren Westen der Vereinigten Staaten, herrscht zurzeit sehr große Hitze mit Temperaturen bis zu 37 Grad Celsius, und wir werden wohl nächster Tage wieder von der nach den Ostküsten der Union sich fortplantzenden Hitze hören. Für die Witterung in Europa ist das aber belanglos, und das Schwerkern des hohen Luftdrucks wird wohl auch weiter über dem Atlantischen Ozean verbleiben. Auch der jüngste Vorstoß des Azorenhochs nach Mitteleuropa ist durch ein neues Tiefdruckgebilde, das von den Britischen Inseln ostwärts vordringt, schon wieder dem Abbau verfallen, so daß vorwiegend trübes und nur mäßig warmes Wetter mit Neigung zu Regenfällen bei Winden aus westlichen Richtungen auch der kommenden Woche ihr Gepräge geben wird.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 30. Juli 1931 angemeldeten Fremden betrug 69 959 Kurgäste und Passanten.

— Kein Parteiverbot in der Wilhelmstraße. Der Vorstand des Neuen Kurvereins, E. R., schreibt uns zu der Mitteilung aus dem Magistrat: „Kein Parteiverbot für die Wilhelmstraße“ in Nr. 191 des Wiesbadener Tagblatts vom 24. Juli: Bei der Besprechung beim Polizeipräsidenten bestand Einmütigkeit in der Ablehnung des Parteiverbotes nur bei den in der Mehrzahl erschienenen Gegnern, wogegen der Neue Kurverein nur drei Vertreter entsandte, welche aber eine Eingabe mit 70 Unterschriften von Geschäftsanliegern der Wilhelmstraße zu vertretenden hatten, die es in erster Linie angeht, welche aber das Parteiverbot als eine notwendige Maßnahme zum Aufbau des Kurbetriebes bezog. Zur Schaffung der uns fehlenden Kurpromenade fordern. Sie sind sich bewußt, daß auch Nachteile für sie damit verbunden sein können, sind aber trotzdem bereit, auch Opfer für diese notwendige Entwicklung zu bringen. Wenn also von Einmütigkeit berichtet worden ist, so bezieht sich das nur auf die Gegner des Parteiverbotes. Für den Magistrat dürften vermutlich wohl die Anlagelasten für die neu zu schaffenden Parkplätze die Veranlassung gewesen sein, vorläufig davon Abstand zu nehmen.

Die Deutsche Bauausstellung geht ihrem Ende entgegen.

Bericht unseres Berliner E. L. jun. Mitarbeiters.

Am 2. August wird die Große Deutsche Bauausstellung, Berlin, ihre Tore schließen. Während der ganzen langen Zeit, vom 9. Mai d. J. bis zum letzten Tag war die Bauausstellung täglich das Ziel tausender Interessenten und Laien. Die Ausstellung, welche die Probleme im Bauen und Wohnen in so unendlich vielen Einzelheiten behandelte, bot jedem Besucher etwas. — Es ist bis jetzt natürlich noch nicht zu beurteilen, in wie weit die Ausstellung wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge hat, insbesondere, da wir uns in einer Zeit befinden, in der leider das Bauen aus wirtschaftlichen Gründen bedeutend eingeschränkt werden muß.

Unter den verschiedensten Gesichtspunkten wurde die Deutsche Bauausstellung beurteilt, doch immer fiel das Urteil günstig aus. Man bewunderte die großzügige Anlage und die Reichhaltigkeit der in die Zukunft weisenden Techniken, und Zusammenhänge zwischen uraltem Baumaterial und veränderten technischen Können und kulturellen Bedürfnissen lernte man kennen. Vielfach wurde vor der Erringung an dem Gelingen der Deutschen Bauausstellung gezwifelt, aber während ihrer Dauer ist man zu dem Schluß gekommen, daß sie ausstellungstechnisch ihr Programm erfüllte, indem die geistige und wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit im Bau- und Wohnungswesen dem Besucher vor Augen gestellt wurde.

Die Tatsache, daß die Deutsche Bauausstellung einen starken technischen Einschlag zeigte, braucht nicht zu überraschen, trotzdem tritt die Baukunst unserer Zeit recht wirkungsvoll hervor. Die Deutsche Bauausstellung sollte ja auch keine ausschließliche Baukunstausstellung verkörpern und so fand Kunst und Technik in dem neuen Bauen und Wohnen auf dieser Ausstellung selbstverständlich ineinander verschmolzen. Die hohen deutschen Leistungen auf dem Gebiete der Technik zwingt so manchen Besucher der Bauausstellung Bewunderung ab. — Über den wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Bauausstellung läßt sich heute leider noch nicht viel sagen, wie das ja vorher bei den meisten Ausstellungen der Fall ist. Aber hier ist es besonders schwer, da die Deutsche Bauausstellung in einer Zeit größter wirtschaftlicher Not und schlechter Konjunktur abgehalten

Die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Erklärung der Fraktionen.

Warum es zum Zwangsetat kam.

Vom Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden geht uns die folgende Erklärung zu:

Die Kundgebung verschiedener Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung betreffend die Festsetzung des Zwangsetats, in welcher dem Magistrat Vorwürfe wegen Nichtberufung einer Verständigungskommission gemacht werden, gibt mir Betanlassung, zur Richtigstellung meinen Bericht an den Herrn Regierungspräsidenten vom 24. Juli 1931 zu veröffentlichen, der wie folgt lautet:

Der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag gestellt, eine Verständigungskommission zum Ausgleich der zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung bestehenden Meinungsverschiedenheiten einzusetzen. Nach einer eingehenden mündlichen Aussprache, welche am 21. Juli 1931 mit mir stattfand, wurde indes vereinbart, daß zunächst die von der Stadtverordneten-Versammlung angeregte Besprechung der Fraktionsführer mit dem Herrn Regierungspräsidenten abgewartet werden sollte. In gleichem Sinne hat auch der Magistrat in seiner Sitzung am 22. Juli 1931 auf den von verschiedenen Fraktionen gestellten Antrag auf Einsetzung einer Verständigungskommission beschlossen.

Indem ich hiervon Kenntnis gebe, möchte ich meinerseits sachlich noch folgendes bemerken: Bezüglich des Etats 1931/32 bestehen nicht nur Meinungsverschiedenheiten zwischen der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat hinsichtlich der Ansätze bei einzelnen Etatspositionen, sondern es sind auch Beschlüsse des Magistrats, durch welche dieser der Stadtverordneten-Versammlung beigegeben ist, von mir als Vorsitzender des Magistrats beanstandet worden. Sachlich wäre es an sich durchaus zu begrüßen, wenn die städtischen Körperschaften durch übereinstimmende Beschlüsse, die man nicht hätte zu beanstanden brauchen, den Etat festgelegt hätten. Leider ist dies nicht der Fall gewesen und zwar in der Hauptsache aus folgenden Gründen:

1. Nachdem der Etat ursprünglich nach dem Stand vom 1. April 1931 aufgestellt war, die Festsetzung des Etats sich aber hinausgezögert hat, haben die städtischen Körperschaften die inzwischen nach dem 1. Juli 1931 eingetretenen günstigen Auswirkungen der Notverordnung durch Abstriche der Gehälter und Löhne und durch Mehreingänge bei dem Wohlfahrtsamt in dem Etat berücksichtigt und den Etat damit nach dem Stande vom 1. Juli 1931 aufgestellt. Infolgedessen hätten sie aber unbedingt auch die Ausfälle, die inzwischen bei dem Etat, insbesondere durch Mindereingänge bei den Steuern, eingetreten sind, mit berücksichtigen müssen. Es handelt sich hierbei um Beträge, die den Etat auf der Ausgaben Seite um mehr als 2 Millionen M. ungünstiger erscheinen lassen, so daß bei Weglassung dieser Beträge

der Etat ein ganz falsches Bild ergibt. Ein solcher Etat kann von dem Grundsatze der Etatswahrheit aus nicht anerkannt werden.

2. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß die Stadt Wiesbaden heute mehr denn je auf die Staatszuschüsse, und zwar sowohl auf die aus dem Ausgleichsfonds in Aussicht gestellten Beträge, wie auch auf die Zuschüsse auf Grund der Notverordnung unbedingt angewiesen ist. Diese Zuschüsse sind aber von gewissen Bedingungen, vor allem Herabsetzung beim Wohlfahrtsamt und Einnahmeerhöhungen, Einführung von 300 Prozent Bürgersteuer usw., abhängig. Die städtischen Körperschaften haben diese Bedingungen bei ihrer Etatsaufstellung zum größten Teil nicht berücksichtigt, so daß die unbedingt erforderlichen Staatszuschüsse für die Stadt gefährdet sind, was einen Zusammenbruch der Finanzen der Stadt zur Folge haben muß. Dies ist der zweite Hauptgrund, weshalb der aufgestellte Etat nicht anerkannt werden konnte.

Was nun die Frage angeht, ob heute noch das Eingreifen der Staatsaufsichtsbehörde vermieden werden und eine Festlegung des Etats durch die städtischen Körperschaften erfolgen kann, so wäre dies m. E. nur dann möglich, wenn die Stadtverordneten-Versammlung wie der Magistrat in den vorher erwähnten beiden Hauptpunkten zu einer anderen Stellungnahme gelangen, d. h. wenn auch die nach dem Stand vom 1. Juli 1931 zu erwartenden voraussichtlichen Mindereingänge, vor allem bei den Steuern, in den Etat eingelegt und bei der Etatsfestlegung die Voraussetzungen erfüllt werden, von welchen die Staatszuschüsse für die Stadt abhängig sind. In diesem Falle würde ich meine Beanstandungen der Beschlüsse des Magistrats zurücknehmen können, und es würde sich dann über die noch zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten vielleicht eine Einigung erzielen lassen.

Aus dem vorstehenden ergibt sich ganz klar, daß es zu dem Zwangsetat nicht deshalb gekommen ist, weil Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat über einzelne Etatspositionen uneinig waren und man sich nicht verständigen wollte, sondern deshalb, weil die Stadtverordneten-Versammlung in Hauptpunkten einen falschen Etat aufgestellt und die Voraussetzungen für die unbedingt erforderlichen Staatszuschüsse nicht erfüllt hat. Infolgedessen war es meine Pflicht, den Etat zu beanstanden.

Daß der Etat von dem Herrn Regierungspräsidenten gemeinsam mit der Verwaltung festgelegt worden ist, ist eine völlig unwahre Behauptung. Die Festlegung des Etats ist selbständig durch den Herrn Regierungspräsidenten nach eingehender Nachprüfung — im übrigen zum Teil sogar abweichend von den Beschlüssen des Magistrats — erfolgt.

— Die Rheinwacht bleibt verboten. Das Reichsgericht hat die Beschwerde des Verlegers der nationalsozialistischen Zeitungen „Rheinwacht“ in Wiesbaden und „Frankfurter Volksblatt“ gegen das vom Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau am 30. v. M. ausgesprochene Verbot dieser Zeitungen verworfen. In der Begründung heißt es: Das Verbot des Oberpräsidenten ist gestützt auf § 12 und § 1 Nr. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931. Daß die Voraussetzungen dieser Vorschriften gegeben sind, wird von der Verbotserfügung ohne Rechtsirrtum festgestellt. Sie widerlegt die Behauptungen der Beschwerdeführer, es handle sich nur um die Föhrung einer geschäftlichen Parallele und um eine sachliche Kritik. Wenn der Oberpräsident ausführt, daß schon zweimal ein Verbot wegen ähnlicher Verfehlungen auf je vier Wochen ausgesprochen sei und deshalb eine Verbotsdauer von sechs Wochen angemessen sei, so kann der Senat dieser Ansicht lediglich beipflichten.

— Günstige Fortschritte der Umpfropfarbeiten im nassauischen Obfau. Obst- und Gartenbaudirektor Ketz von der Landwirtschaftskammer Wiesbaden stellt in einem Überblick über die Umpfropfmagnahmen der preussischen Landwirtschaftskammern in den Jahren 1927 bis 1930 fest, daß die Umpfropfarbeiten im Bezirk der Landwirtschaftskammer Wiesbaden gegenüber den anderen Provinzen recht günstige Fortschritte gemacht haben. 1927/28 betrug die

Zahl der umgepflanzten Bäume 6138, 1929 bereits 12 073 und 1930 war allerdings eine kleinere Zunahme auf 13 560 zu verzeichnen. An erster Stelle marschiert die Rheinprovinz mit 20 347 Bäumen in 1927/28, 47 128 Bäumen in 1929 und 36 429 Bäumen in 1930. Diese Umpfropfarbeiten werden durch Gewährung von Beihilfen von Seiten des Landwirtschaftsministeriums gefördert. Leider fanden für diesen Zweck in diesem Frühjahr keine Beihilfen zur Verfügung, so daß die Umpfropfarbeiten in dem bisherigen Umfang nicht zur Durchführung gelangen konnten. Obst- und Gartenbaudirektor Ketz legt den obfau treibenden Landwirten dringend ans Herz, was auch längst schon Allgemeinut sein müßte, daß diese umgepflanzten Bäume sachgemäß gepflegt werden, denn nur dann kann der gewünschte Erfolg, nämlich Sortenverbesserung und höhere Erntemengen, erzielt werden.

— An den Staatskassen sind Freitag und Samstag an die Beamten und Versorgungsberechtigten, der generell ergangenen Anweisung gemäß, 50 Prozent der regelmäßigen Bezüge nur ausbezahlt worden, während die übrigen 50 Prozent am 10. August zur Auszahlung gelangen sollen.

— 80. Geburtstag. Frau Christina Strauch, Wwe., geb. Marx, Eternstraße 1, begeht am Sonntag, 2. August, in Frische ihren 80. Geburtstag.

wurde. Trotzdem darf man aber damit rechnen, daß die Tausende, die täglich die Hallen und das Freigelände der Deutschen Bauausstellung durchwandern, früher oder später zur Verbraucherschaft gezählt werden können. Bauherren und Laien haben Gelegenheit gehabt, ihren Blick zu schulen auf dieser größten Ausstellung ihrer Art und ihr Vertrauen zur Leistungsfähigkeit deutschen Bauhandwerks zu fassen.

Wenige Tage trennen uns noch vor dem Toresschluß der Deutschen Bauausstellung, doch kann man jetzt schon sagen, daß der Publikumerfolg durch die Besucherzahl unbestritten ist. Auch der Ausstellungsleiter kann man zu dem Erfolg Glück wünschen, da sich die Ausgaben und Einnahmen ungefähr gleichen dürften, was für ein detarig großes Ausstellungs-Unternehmen ein überraschend gutes Ergebnis bedeutet. — Für die Aussteller dürfte sich der Erfolg allerdings erst im Laufe der Zeit zeigen, obwohl einige Glückliche sich bereits dieses Erfolges erfreuen.

Es wäre zu wünschen, daß, nachdem diese Ausstellung so überraschend gelungen ist, eine Wiederholung in den nächsten Jahren allen Interessenten Gelegenheit gibt die Fortschritte im Bauwesen weiter zu verfolgen.

Aus Kunst und Leben.

* Universitätsprofessor Dr. Borgmann (Gießen) †. Nach langer und schwerer Krankheit ist am Mittwoch der ordentliche Professor der Forstwissenschaft an der Universität Gießen Dr. Borgmann, ein gebürtiger Wiesbadener, im 63. Lebensjahr gestorben. Nach dem Abschluß seiner Studien war er zunächst in der preussischen Forstverwaltung tätig, dann wirkte er von 1911 bis 1917 als ordentlicher Professor an der Forstlichen Hochschule in Tharandt und seit 1917 als Ordinarius für forstliche Betriebslehre am Forstinstitut der Universität Gießen. Sowohl als Hochschullehrer der Forstwissenschaft, wie als Forscher hat sich Borgmann große Verdienste um die deutsche Forstwissenschaft erworben, weiterhin galt er als maßgeblicher Sachverständiger, dessen autoritative Urteile auf seinem Arbeitsgebiet im In- und Ausland hochgeschätzt wurden. Am die glänzende Aufwärtsentwicklung des Forstinstituts an der heftigen Landesuniversität Gießen war Borgmann in eifrigster Weise und mit unergänzlichem Verdienst bemüht. Als Giesener Stadtverordneter hat er während einer Reihe von Jahren seine besondere Fürsorge dem Giesener Stadtwald zugewandt, der in ihm allezeit einen

sorgamen Fürsprecher und Heger hatte. Die deutsche Forstwissenschaft ist durch den Heimgang Borgmanns schwer betroffen worden.

* Professor Popps 70. Geburtstag. Dem bekannten Gerichtsmediziner und Kriminalisten Professor Dr. Popp in Frankfurt a. M. wurden am Anlaß seines 70. Geburtstags am Freitag zahlreiche Ehrungen zuteil. Bereits in den frühen Morgenstunden brachte die Frankfurter Polizeikapelle dem Geburtstagskind ein Ständchen. Gegen Mittag trat die Kriminalpolizei zum Gratulieren an. Kriminaldirektor Dr. Neuber hielt eine Ansprache und überreichte ein Bild. Aus dem In- und Ausland trafen hohweise die Glückwünsche ein, u. a. vom Oberpräsidenten Haas, vom Regierungspräsidenten Ehrler, vom Oberbürgermeister Dr. Landmann, vom Kultusminister, vom Landgerichtspräsidenten, vom Oberstaatsanwalt usw. Die Frankfurter Universität, die verschiedenen heimischen Vereinigungen und eine ganze Reihe von Korporationen ließen ihre Glückwünsche durch ihre Vertreter übermitteln.

* Abschiedsvorlesung Professor Lenards. Professor Lenard, der berühmte Heidelberger Physiker, der lange Zeit in Heidelberg gewirkt hat, hielt seine letzte Vorlesung im dortigen Physikalischen Institut, da er wegen Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze die Leitung dieses Instituts abgibt und in den Ruhestand tritt. Geheimrat Lenard wurde von seinen Studenten am Schluß außerordentlich gefeiert. Er ist bekanntlich der Entdecker der Kathodenstrahlen und wurde seinerzeit auch mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet.

* Dichter-Zuwendungen der Kaiserthron-Stiftung. Das Kuratorium der Johannes-Johann-Stiftung in Köln hat nach der „Literatur“ beschlossen, diesmal folgenden Dichtern und Dichterinnen Zuwendungen zu bewilligen: John Henry Wladaw, Heinrich Verh, Diegenhamb, Herbert Eulenber, v. Oppeln-Bronikowski, J. F. Bertoni, Günther Birkenfeld, Frau Alara Hofer-Höfner, Dr. Ernst Kammer, Georg Hirschfeld, Frau Sofie Hochstetter, Hans Heinz Ehrler, Johannes R. Becker, ferner den Kölnern Gustav Palm und Fritz Hied. Insgesamt standen 7200 M. zur Verfügung, die in Beträgen von 1000 bis 200 M. verteilt wurden.

* Neue Preisrichter für die Gestaltung des Reichshochschulpreises. Infolge eines Beschlusses des thüringischen Staatsministeriums wurde in das Preisrichter-Kollegium für den Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Reichshochschulpreises

postdirektion mit dem Bau der Zentrale und der Leitungen beginnen konnte. Die Fernsprechemittlungsstelle fand ihren Platz im Dachgeschoss des Nordflügels des Thurn und Taxischen Palais in der Großen Eichenheimer Straße. Die Inbetriebnahme der Zentrale ging am 1. August 1881 mit 50 Anschlüssen vor sich. Kurze Zeit darnach wurden die restlichen Teilnehmer, die sich unterhalb von 50 auf 82 vermehrt hatten, eingeschaltet. Die Zahl der Teilnehmer hatte bis 1890 1400 erreicht. Der Schwerpunkt der Entwicklung war inzwischen auf den Fernbetrieb übergegangen. Auch hier hat die Frankfurter Handelskammer wesentlich zur Förderung des Unternehmens beigetragen. Die erste Fernverbindung wurde 1885 mit der Stadt Mainz hergestellt, die schon von Alters her lebhaft Handelsbeziehungen mit Frankfurt unterhielt. Noch im gleichen Jahre folgten Mannheim und bald darauf Wiesbaden, Heidelberg, Darmstadt, Hanau und schließlich der Rorori Bodenheim, der damals noch als Fernort galt. Gleichen Schritt damit ging die Erweiterung des Verkehrs im unmittelbaren Umkreis der Stadt. Es entstand das sogenannte Bezirksnetz, in welches 43 Orte der näheren Umgebung Frankfurts einbezogen waren. Infolge der stetigen Zunahme der Teilnehmerzahl, die bereits 1896 einen Umbau des Ortsamtes erforderlich machte, wurde im Jahre 1903 ein neues großes Amt, das Amt I, mit 7000 Teilnehmern in Betrieb genommen. Die Zahl der Teilnehmer Groß-Frankfurts beliefert sich gegenwärtig auf rund 34 000 (mit Offenbach 37 100). Der Jubiläumstag findet das Fernsprechamt mit technischen Einrichtungen ausgestattet, die ganz auf der Höhe der Zeit stehen.

Organische Ausgabenbeschränkung im städtischen Schulwesen.

Zu dem Artikel „Organische Ausgabenbeschränkung im städtischen Schulwesen“ in Nr. 190 des „Wiesb. Tagbl.“ vom 23. Juli schreibt uns der „Verein für das mittlere Schulwesen“:

1. Einsparungen an den grundständigen Klassen, die von den Kindern in Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht besucht werden, sollten, besonders wenn sie so drastischer Art sind wie hier in Wiesbaden, erst vorgenommen werden, wenn alle sonstigen Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des sog. freiwilligen Schulwesens erschöpft sind. Das wäre organische Sparen. Davon ist man noch weit entfernt.

2. Daß die Stellenbeiträge zur Landesmittelschulkasse in Wiesbaden besonders hoch seien, ist ein Irrtum. Sie sind im ganzen preussischen Staat gleich und betragen pro Monat ab 1. 7. 31 570 Mark für Lehrer, besw. 513 Mark für Lehrerinnen. Es führt natürlich zu einem Trugschluß, diese Beiträge mit denen zur Landesschulkasse in Parallele zu ziehen (341 Mark pro Monat). Denn letztere werden nach Schulleistungen erhoben und ergeben, auf den Kopf und Monat umgerechnet, mehr als den Einheitsbetrag. Die Überalterung der Mittelschullehrerschaft bringt der Stadt keine finanziellen Nachteile, im Gegenteil, Orte mit jungen M.-Lehrern müssen für die Orte mit überalterten Lehrkörpern mitbezahlen. Trotzdem wäre eine Verjüngung der Mittelschulkollegien sehr erwünscht. Hierbei ist noch zu beachten, daß durch den Beitrag zur Landesschul-, bzw. -mittelschulkasse auch die Pensionen und Hinterbliebenengelder aufgebracht werden. Wenn also ein Volls- schullehrer zur Mittelschule übertritt, geht der für die erwähnten Zwecke in dem Stellenbeitrag enthaltene Anteil der Landesmittelschulkasse verloren, wodurch sich ihr Stellenbeitrag erhöht. Es wäre Aufgabe der Schulunterhaltungssträger, einen Ausgleich zwischen beiden Klassen derart herbeizuführen, daß der für einen Volls- schullehrer gezahlte Teil des Stellenbeitrags, der für Pensionen usw. gerechnet ist, bei seinem Übertritt an eine mittlere Schule der Landesmittelschulkasse überwiesen würde, was eine Senkung ihres Stellenbeitrags im Gefolge hätte.

3. Zu bedenken ist ferner, daß 5 Mittelschullehrer und 3 Lehrerinnen an hiesigen Volls- schulen beschäftigt sind, aber aus der Landesmittelschulkasse bezahlt werden. Die hierfür erforderlichen 52 688 Mark müssen also von dem Aufwand für die Mittelschulen abgezogen werden.

4. Es ist durchaus einseitig, wenn behauptet wird, die Steigerung der Ausgaben für die Mittelschulen ließe in keinem erträglichen Verhältnis zu der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt, solange nicht diese Behauptung auch auf die übrigen Zweige des städtischen Bildungswesens, insbesondere das Frauenschulwesen, ausgedehnt wird. Es wäre überflüssig eine dankbare Aufgabe für die städtische Verwaltung, alljährlich eine Aufstellung über die Kosten aller städtischen Schulanstalten zu veröffentlichen. Daraus müßte zu ersehen sein, was jede Schularbeit insgesamt kostet und welcher Zuschuß pro Schüler und Jahr städtischerseits geleistet werden muß. Eine solche Statistik würde zweifellos interessante Aufschlüsse liefern. Von anderen Städten liegt sie vor.

5. Zu den unförmlichen Sparmaßnahmen gehörte die geplante, jetzt hoffentlich aufgegebene Erhöhung des Schulgeldes der Mittelschulen auf 120 Mark. Man bedenke:

Es wurde gezahlt an den Mittelschulen am 1. 7. 14 54 Mark; am 1. 7. 31: 108 Mark; Erhöhung: 100 Prozent. An den höheren Schulen am 1. 7. 14: 150 Mark; am 1. 7. 31: 240 Mark; Erhöhung: 60 Prozent. Die beabsichtigte Erhöhung bei den Mittelschulen auf 120 Mark hätte gegenüber dem Stande vom 1. 7. 14 eine Steigerung von 122 1/2 Prozent ergeben. Wenn man erwägt, daß ca. 85 Prozent aller Mittelschullehrer zu den sog. Minderbemittelten gehören, wird einem die Härte der geplanten Schulgeld- erhöhung klar. Sie würde auch eine Abwanderung von der Mittelschule bewirken, die manchem vielleicht erwünscht wäre, aber die erhoffte Mehreinnahme in nichts zerrinnen ließe.

6. Die Frage des Haushaltsunterrichts bedarf, soweit die Mittelschulen in Frage kommen, keiner besonderen Prüfung mehr. Er müßte hier nach den bestehenden Bestimmungen schon seit Jahren eingeführt sein, ebenso der Hausfrauenklasse. Wenn das bis heute nicht geschehen ist, so sind die dahin zielenden Vorschriften eben noch nicht erfüllt.

7. Wenn bei den Einsparungen am städtischen Bildungswesen der Schritt vom Maximum des Aufwandes zum Minimum vorgeschlagen wird, so ist das gänzlich unverständlich. Zwischen beiden Extremen liegen doch unzählige Zwischenstufen. Die Lehrerkräfte aller Schattierungen ist sicher auch für Sparen am Schulwesen, soweit es organischer Natur ist und mit dem Sparen der anderen Verwaltungsglieder Schritt hält. Solange der Bürger nicht die Überzeugung hat, daß alle diese Möglichkeiten restlos erschöpft sind, wird er die drakonischen Sparbitten am Schulwesen für eine verhängnisvolle Schädigung der heranwachsenden Generation halten müssen, die in ihrer schlimmsten Auswirkung im Interesse der Zukunft des deutschen Volkes hätte hintangehalten werden sollen.



Ein Denkmal für den Steirischen Heimatdichter Peter Kosegger in Graz.

In Graz, wo der Dichter Peter Kosegger einen großen Teil seines Lebens verbrachte, soll jetzt ein Denkmal errichtet werden, das den Dichter auf einer Bank sitzend zeigt, wie ihn die Bewohner von Graz hundertmal gesehen haben. Der Entwurf stammt von Professor Gräber-Graz.

Das Hotel der Fürstlichkeiten und Diplomaten.

Der lang erwartete Besuch des englischen Premierministers Macdonald und des Außenministers Henderson, der infolge der Londoner Konferenz ausgeschrieben wurde, dürfte nunmehr in den nächsten Tagen Wirklichkeit werden. Mit begreiflicher Spannung sieht man der Ankunft der englischen Gäste entgegen, die nunmehr — nachdem die Konferenz ein nur sehr schmales Ergebnis erzielt hat — in Berlin entscheidende Besprechungen abhalten werden, um die schwierige Lage, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, erleichtern zu helfen. Da der Besuch nicht, wie erwartet, am Wochenende, sondern zum Wochenbeginn erfolgt, wird man wahrscheinlich den Plan fassen, die englischen Gäste im „Deutschen Chequers“, also im Jagdschloß Hubertusstock, zu bewirten. Jedenfalls steht fest, daß die englischen Minister im Hotel Kaiserhof Wohnung nehmen werden. Die Unterbringung der englischen Minister bedeutete für die deutsche Regierung eine Frage, die ziemlich viel Kopfzerbrechen verursachte. Das Prinz-Albrecht-Palais, in dem man fürstliche Besuche unterzubringen pflegte, war etwas zu weitläufig und zu pompös für zwei Angehörige der englischen Arbeiterpartei. So entschloß man sich denn kurzerhand, sie im Hotel Kaiserhof aufzunehmen, das dem Reichskanzlerpalais am nächsten liegt. Damit hat man eine richtige Wahl getroffen, denn der Kaiserhof ist von jeher der prädestinierte Aufenthaltsraum der Fürstlichkeiten und Diplomaten gewesen. Man kann sich heute kaum noch vorstellen, was für eine Sensation es in der Reichshauptstadt bedeutete, als jenes Hotel mit einer für damalige Zeit unerhörten Pracht eröffnet wurde. Der Kaiserhof war tatsächlich das erste Hotel von internationalem Rang und modernster Bequemlichkeit, das Berlin kannte. Es war ein flüger Schachzug der Direktion gewesen, dem Haus gerade diesen Namen zu geben, denn dadurch sicherte es sich die Protektion des Hofes. Die beste Gesellschaft versammelte sich in seinen Räumen, und als nach der fürchterlichen Brandkatastrophe das Hotel wie ein Phönix aus der Asche neu und schöner emporstieg, galt es als Sammelpunkt des „Highbly“. Aber auch in der diplomatischen Geschichte spielte es eine erhebliche Rolle. Als im Jahre 1878 der Berliner Kongreß abgehalten wurde, wohnten in diesem Hotel die prominentesten Staatsmänner des Auslandes, wie beispielsweise der russische Kanzler Gortschakoff und der britische Premierminister Disraeli. Auch der österreichische Vertreter Andriass pflegte seine wichtigsten Konferenzen im Kaiserhof abzuhalten. Wenn man die Hotelhalle zu jener Zeit in den Nachmittagsstunden oder abends aufsuchte, konnte man dort die prominentesten Politiker des In- und Auslands antreffen. Als später wichtige ausländische Diplomaten in Sondermission in Berlin eintrafen, bevorzugten sie dieses Hotel. Botschafter und Gesandte, deren Heim noch nicht vollkommen eingerichtet war, fremde Missionen und hohe Politiker auf der Durchreise, sie alle pflegten im Kaiserhof abzusitzen, bis später das Hotel Adlon eine fühlbare Konkurrenz für den Kaiserhof wurde. Noch einmal, nämlich im Jahre 1913, anlässlich der Hochzeit der Kaiserin, konnte dieses Hotel seine führende Rolle beweisen. Eine große Anzahl der deutschen Bundesfürsten, die damals in Berlin weilten, waren dort abgestiegen, und dieses Hotel wurde sogar vom russischen Zaren und vom englischen König aufgesucht. Als dann im Jahre 1918 der Zusammenbruch erfolgte, war das Hotel der Sitz wichtiger Entente missionen, und politische Persönlichkeiten, deren Anteil damals für Deutschland ungewisser viel bedeutete, hatten dort ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Auch im Jahre 1926 sah das Hotel ein lebhaftes Treiben, denn damals befanden sich dort die Büroräume der Organisation, die den Internationalen Frauenkongreß in Berlin veranstaltete. In diesen Zimmern schwirrte es von allen Sprachen, Frauen aller Länder kamen dorthin, um sich Rat zu holen, und neben vornehmen Damen sah man behäbige Holländerinnen, sportmächtige ammenende Amerikanerinnen, und daneben Frauen, die aus den entlegensten Ecken zu diesem internationalen Kongreß herbeigeeilt waren. Verschwunden sind dagegen jene Bankiers, die sich vor Jahren in den Hallen des Hotels nicht nur zu privaten Besprechungen, sondern auch zum Abschluß wichtiger Transaktionen zu versammeln pflegten. Seltenere sind auch die Hochzeitsgesellschaften geworden, die prominente Familien dort abzuhalten pflegten. Galt es doch für den Adel als ausgesprochenes, wenn auch unglückliches Geleise, die Trauung in der nabeliegenden Dreifaltigkeitskirche, die doch seitens der aber im Hotel Kaiserhof abzuhalten.

Getreideernte von heute.

Von der Boese der Sense zur Prosa der Maschine. — Mäh- drehscher und Schlagdrusch. — Die Strohfrage in der deutschen Landwirtschaft.

„Schwer herein schwankt der Wagen — Kornbeladen...“ wer erinnert sich in diesen Sommertagen nicht wieder gern der Dichterworte, die uns den Segen der Erntezeit in plastischen Szenen vor Augen führen! Wie anders aber sieht der Schnitter von heute aus, als zu den Zeiten des Dichters, der seinen Tanz und seine Freude über die ewige Fruchtbarkeit der Erde besang! An die Stelle der Sense ist längst die Maschine getreten und von dem bunten Volk der Schnitter sind nur noch zwei Leute übrig geblieben: der eine auf dem Kraftschlepper, der andere auf dem angehängten Bindemäher. Die fahren durch das Getreidefeld. In breiten Streifen mährt die Maschine die Halme nieder, befördert sie in einen sinnreichen Bindemechanismus hinein und wirft die fertig gebundenen Garben auf dem Feld ab.

Aber das ist nur der Anfang der Ernte. Ihm müssen noch zahlreiche Arbeitsvorgänge folgen, ehe das goldene Korn verlaufsreife auf dem Getreideboden lagert. Nach dem Mähen werden die gebundenen Garben zunächst auf dem Feld zu Horden zusammengelegt. Dann kommen die Getreide- wagen auf das Feld hinaus, die Horden werden aufgeladen, es folgt der oft kilometerweite Transport zum Hof und das Einlagern des Getreides in die Hofscheune. Erst im Winter wird gedroschen; dann muß das gesamte Erntegut wieder aus der Scheune herausbefördert werden und erst beim Dreschvorgang selbst wird die Maschine ein.

Es lag nahe, diese zahlreichen Zwischenstufen mit ihrem großen Personal- und Gepannaufwand auszuhalten und die beiden Maschinen, die Mäher und die Dreschmaschine, zu einer einzigen Getreideerntemaschine zu vereinen, die im gleichen Arbeitsgang mährt und drischt. Dieses Ziel ist im modernen Mähdrescher erreicht. Eine einzige, gewaltige Maschine fährt, vom Kraftschlepper gezogen, durch das Feld: sie schneidet das Getreide maschinell, befördert es maschinell in den Drescher, drischt es maschinell und läßt das gedroschene und gesäuberte Korn maschinell auf den Wagen oder in Säde ein, während das Stroh hinter der Maschine auf das Feld ausgeworfen wird. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Arbeitsaufwand bei dieser Betriebsform auf ein Maß herabsinkt, das von keinem anderen Ernteverfahren unterboten werden kann und daß diese vollmechanische Korn- gewinnung für Betriebe mit großen Getreideflächen die wirtschaftlich günstigste Lösung des Problems der Getreideernte darstellt.

Ihr tiefgreifender Einfluß auf die Erzeugungskosten hat sich denn auch sehr sinnfällig in einem rapiden Sturz der Getreidepreise am Weltmarkt ausgewirkt. Dabei ist dieser Ein- fluß eigentlich weniger von Mähdreschern selbst ausgegangen, den es vereinzelt schon seit Jahrzehnten in Amerika gibt, als vielmehr von der Motorisierung seiner Zugkraft. Der von Pferdegepannen gezogene Mähdrescher war zu schwerfällig: erst der Motor, erst der Kraftschlepper hat ihm Beweglichkeit verliehen, erst die Motorisierung seiner Zugkraft hat seinen vielseitigen Einsatz ermöglicht.

Diese Entwicklung, die sich fast ausschließlich in den außerdeutschen, ja außereuropäischen Ländern vollzog, hat die Frage der vollmechanisierten Korngewinnung auch in Deutschland aktuell gemacht. Das Reichsfuturarium für Tech- nik in der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe deutscher landwirtschaftlicher Betriebe sehr ein- gehende Großversuche mit Mähdreschern gemacht und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß diese modernste Landmaschine für deutsche Verhältnisse nur unter bestimmten Bedingungen ge- eignet ist. Die Hauptschwierigkeit bereitet die Strohfrage.

Die Getreideernte bringt ja dem Landwirt nicht nur Korn, sondern auch Stroh. Das Stroh aber wird vom Mäh- drehscher in seiner üblichen Bauart recht stiefmütterlich behan- delt: er wirft es in losem Schwad hinter sich auf das Feld. Das ist auf einer amerikanischen Farm nicht weiter schlimm: der Farmer pflügt es einfach unter. Der deutsche Landwirt kann das nicht. Für ihn ist das Stroh als Grundlage der Stallmischwirtschaft ein Wertfaktor, auf den er nicht ver- zichten kann. Er ist gezwungen, es zu gewinnen und zu ver- werten. Diesem Bedürfnis entsprechend hat man neuerdings besondere Anhängengeräte für Mähdrescher entwickelt, die das vom Drescher verarbeitete Stroh zu loseren Garben zusam- menbinden und in dieser Form abwerfen.

Inzwischen aber ist das Ernteproblem in Deutschland noch von einer anderen Seite her aufgegriffen worden. Die Grundfrage zur Lösung des Transportproblems, das hier in erster Linie zur Debatte steht, lautet: soll man das Getreide an den Dreschlag heranbringen, oder den Dreschlag an das Getreide? Die alte Praxis arbeitete auf die erstgenannte Art und Weise, der Mähdrescher nach der letzteren. Es gibt aber auch einen Mittelweg: man fährt mit der Dresch- maschine auf das Feld hinaus, bleibt aber nicht an einem Dreschplatz stehen, sondern wechselt den Dreschplatz alle paar hundert Meter! Bisher war das bei den schweren Kolomo- bilen und hölzernen Dreschmaschinen nur mit einem uner- träglichen Personalaufwand möglich. Der Kraftschlepper und die leichte Stahldreschmaschine haben hier gründlich Wandel geschaffen. Sie haben es möglich gemacht, die alte Praxis des Dreschens auf dem Felde in ein technisch vollkommeneres und betriebswirtschaftlich günstigeres Verfahren umzuwan- deln: den Schlagdrusch oder Drusch aus der Hode.

Von der bisherigen Erntepaxis bleibt nur das Mähen und Hordenlegen übrig. Der Getreidetransport zur Scheune mit seinem Arbeitsaufwand fällt fort, denn die Dresch- maschine kommt auf das Feld hinausgefahren und fährt da von Schlag zu Schlag, an jedem Dreschplatz das in ihrer Nähe befindliche Getreide verarbeitend. Man fährt die Garben auf einfachen, leichten Erntekarren an sie heran. Ein Mann wirft mit der Gabel Bund um Bund auf den Einleger der Maschine, alles weitere geht maschinell vor sich: die Maschine schneidet die Bunde auf, drischt sie aus, läßt das Korn in Säde ein, befördert das Stroh zu einer angehängten Stroh- presse, die es zu festen Ballen preßt; ein Mann legt die Stroh- ballen auf dem Feld zu Diemen zusammen. Der Kraft- schlepper, der den Dreschlag umfährt, dient zugleich als An- triebskraft. Man wechselt den Dreschplatz in Abständen von 500 bis 800 Meter, um die Anfahrwege möglichst kurz zu halten.

Großversuche mit dieser technisch vollkommeneren Ernte- Technik haben ergeben, daß der Schlagdrusch im großbäuer- lichen Betrieb ebenso wirtschaftlich ist, wie der Mähdrescher- betrieb. Sein großer Vorteil diesem gegenüber besteht jedoch darin, daß er das Stroh sofort in verkaufsfähiger Form liefert. Um welche Werte es sich dabei handelt, geht bei- spielsweise daraus hervor, daß die während einer einzigen Ernte gewonnene Strohmenge in ihrem Wert fast die Hälfte des für das Ernteverfahren erforderlichen Maschinenkapitals (außer dem Schlepper) ausmacht!

So steht heute der Mähdrescher in lebhaftem Wettbe- werb mit dem Schlagdrusch, in einem Wettbewerb, dessen letztes Ziel nichts anderes als die Senkung der landwirt- schaftlichen Erzeugungskosten ist. Dr. Werner Rößling.

Die Bismarrratte überschwemmt Mitteleuropa.

Eine Landplage.

In Kreisen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Stromregulierungswesens wird gegenwärtig wieder stark über das Unwesen geklagt, das die Bismarrratte in ganz Mitteleuropa, insbesondere in Österreich, in Süd- und Mitteldeutschland treibt. Noch vor rund 25 Jahren war kein einziges Exemplar dieser Tierart, die der Familie der Wühlmäuse angehört, zu finden. Erst die Ausbreitung von einigen wenigen Bismarrratten in Böhmen am Anfang des Jahres 1905 brachte diese Tiere aus Amerika nach Europa. Man hoffte damals der europäischen Wirtschaft einen neuen Zweig durch Züchtung der Ratten zu erschließen und versprach sich reichlichen Gewinn auf dem europäischen Pelzmarkt. Alle diese Hoffnungen sind zu nichte geworden, im Gegenteil, großer Schaden ist entstanden, dessen Umfang sich für die Zukunft noch gar nicht absehen läßt. Gerade diese Art von Ratte ist in einem Maße fortpflanzungsfähig, das bedrohlich ist. Innerhalb von kaum zehn Jahren vermehrten sich die Tiere, ursprünglich fünf an der Zahl, auf annähernd 200 000, damals blieben sie auf das österreichische Gebiet beschränkt. Mit dem Jahre 1914 begannen sie sich nach Deutschland zu wenden. Zunächst wanderten sie über den böhmischen Wald, die nach Westen führenden Flußläufe entlang und erreichten im Jahre 1919 Mittelfranken und die Gegend um München herum. Am Ende des Jahres 1920 wurden die ersten Exemplare in der Gegend der Mainmündung gesichtet. 1917 etwa gingen sie im Elbstrom durch Sachsen und heute ist schon eine ganz beträchtliche Anzahl im östlichen Teil der Provinz Hannover zu finden. Am die selbe Zeit wanderten sie auch am Oberrhein entlang, drangen in den Nebenflüssen stromaufwärts und haben sich vor allen Dingen im Oberbruch und im Spreewald festgesetzt. Ungefähr vor 6 Jahren hat man begonnen, die Bismarrratten, die damals schon begannen, eine Landplage zu werden, zu bekämpfen. Aber diese Aktion hat bald eingestellt werden müssen, weil sie erhebliche Geldmittel erforderte. Heute zählt man Millionen Bismarrratten in Deutschland, Böhmen und Österreich und der Schaden, den sie anrichten, ist sehr groß. Eisenbahndämme, Bauten für Stromregulierungen und Straßen sind überall da, wo die Tiere auftreten, in bedenklichem Maße unterwühlt, und Gemüße und Beerenkulturen haben gleichfalls darunter zu leiden.

Entlarvung eines Mediums.

Ein Phänomen.

Englische Blätter berichten über die unter außergewöhnlichen Umständen erfolgte Entlarvung eines spiritistischen Mediums, das monatlang in der englischen Hauptstadt mit großem Erfolg aufgetreten ist und das es verstanden hat, hunderte von Mitgliedern der Londoner Spiritistischen Allianz — meist Mitglieder der gebildeten Stände — zu duplizieren. Frau Duncan, so heißt das Medium, das aus Schottland stammt, und ihr Gatte, der ihr als Manager dient, haben in der Tat außerordentliches geleistet. Die Vorstellungen, bei denen, aus dem Mund und den Nasenlöchern des Mediums kommend, Teleplasma in großen Mengen erschien, das alle möglichen Formen — Gesichter, Hände usw. — annahm, wurden von den Londoner Spiritisten lange als wirkliche Geister-Erscheinungen hingenommen, bis es dem Leiter des Nationalen Laboratoriums für psychologische Forschungen, Harry Price, gelang, das Medium zu entlarven. Die Entlarvung war erst nach fünf mühevollen Sitzungen in den Räumen des Nationalen Laboratoriums möglich und nachdem man die wissenschaftliche Methode der Röntgen-Bilder zu Hilfe genommen hatte. Price hatte zunächst, während das Medium im Trance-Zustand war, mit einer Schere Bänder des sogenannten, in der Luft schwebenden Teleplasmas abge schnitten und zu seiner Überraschung festgestellt, daß es sich um hauchdünnes Papier handelte, in der Art, wie es zur Verpackung von Butter verwendet wird. Ein anderes dieser Bänder bestand aus Zellstoff und Eiweiß. Die Gesichter, deren Formen beim Erscheinen des Teleplasmas zutage traten, erwiesen sich als ausgeschnittene Photographien, und bei der ungeschickten Hand, die einmal zutage trat, hatte man nichts anderes vor sich als einen der aus dünnstem Gummi bestehenden Handschuhe, wie sie von Chirurgen verwendet werden. Nach Ansicht der Gelehrten, die den Versuch beobachteten, handelt es sich bei Frau Duncan um ein Phänomen, wie es bei zehn Millionen Menschen höchstens einmal vorkommt, einen Menschen, der imstande ist, Gegenstände, die sich in seinem Magen und seiner Speiseröhre befinden, ohne äußerlich sichtbare Zeichen von Würgebewegungen durch den Mund und die Nasenlöcher wieder zutage zu fördern und auf dem gleichen Wege wieder verschwinden zu lassen. Herr und Frau Duncan haben es für gut gehalten, unmittelbar nach ihrer Entlarvung London mit unbekannter Bestimmung zu verlassen.

Strafvollzug in USA.

Überfüllte Gefängnisse und brutale Behandlung.

Über den Strafvollzug in nordamerikanischen Gefängnissen drangen in den letzten Monaten immer wieder Meldungen an die Öffentlichkeit, die grauenerregend waren. Niemand war jedoch in der Lage, die erschütternden Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen. Es ist deshalb sehr begrüßenswert, daß die Nationale Kommission der Rechtsreform und des Strafvollzugs in den Vereinigten Staaten den Bericht nachgibt, die amerikanischen Gefängnisse besuchte und untersuchte und jetzt dem Präsidenten Hoover über den Strafvollzug in USA. eingehenden Bericht erstattete.

Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß der Strafvollzug in USA. noch brutaler ist, als allgemein angenommen wird, daß er unnötig teuer ist und schließlich für das Gemeinwohl keinerlei Wert besitzt. Das gegenwärtige System ist nach dem einstimmigen Urteil der Nationalen Kommission ein vollständiger Fehlschlag. Sie schlägt deshalb auch nicht eine Reform des Systems, sondern ein völlig neues System des Strafvollzugs vor, das, sobald als es nur irgendwie möglich ist, in Kraft gesetzt werden sollte.

Die Methoden der Gefängnisdisziplin werden in dem Bericht charakterisiert als „überlieferungsgemäß veraltet, dumm, und nicht selten grausam und unmenschlich“. Die Strafen für Männer und Frauen bestehen oft aus geringfügigen Urteilen darin, daß die Häftlinge in enge eiserne Käfen gesperrt werden, in denen sie sich überhaupt nicht bewegen können, oder daß man sie tagelang in Dunkelkammern setzt, in die kein Lichtstrahl einstrahlen vermag. In anderen Gefängnissen ist es üblich, die Gefangenen stundenlang unter einer kalten Dusche zu fesseln. Die Zellen sind „schmutzig, dunkel, überfüllt und ohne Lüftung“. Eine Trennung der erkrankten Gefangenen von den Gesunden findet bisher in der Regel nicht statt. Völlig unzureichend ist ihre medizinische Behandlung. Die Gefängniswärter sind brutal und die Wärter wurden bisher nach politischen Gesichtspunkten angestellt, jedoch nie mit dem Wechsel der



Vom internationalen Pfadfinder-Kongress in Baden bei Wien.

Der greise englische General Baden-Powell, der Gründer der Pfadfinderbewegung, bei einer Ansprache an die Pfadfinder aller Länder, die sich in Baden bei Wien zu einer machtvollen Jugendkundgebung für die Ideale des Pfadfindertums zusammenfanden.

Gouverneure in den Einzelstaaten kamen und verschwanden. Die Gefängnisse selbst, die gegenwärtig überfüllt sind wie noch nie, sind uralte und gleichen festungsartigen Gebäuden, die gegen äußere Angriffe leicht zu verteidigen sind, aber im Inneren allen sozialen und hygienischen Anforderungen Hohn sprechen. Die Nationale Kommission empfiehlt daher den Bau neuer und hygienischer Gefängnisse, die Klassifizierung und Trennung der Gefangenen, ihre individuelle Behandlung und Erziehung, damit sie wieder brauchbare Mitglieder der Gesellschaft werden. Bei dem gegenwärtigen Strafvollzug wäre dies schlechterdings unmöglich.

Schweres Autounglück bei Augsburg. Aus Augsburg wird berichtet: Ein aus Dillingen kommender mit 6 Personen besetzter Schnell-Lieferwagen, der einer Münchener Firma gehört, stürzte beim Überholen eines anderen Lieferwagens mit voller Wucht in den Strahengraben und wurde vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurde ein neun-jähriges Mädchen aus Dillingen sofort getötet, ein 5 Jahre altes Mädchen aus Dillingen und ein 20 Jahre alter Maler aus Halle a. d. S. wurden lebensgefährlich verletzt. Die übrigen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Autobusunglück im Saargebiet. Am Freitagmorgen ist, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, in Oberjalsbach bei Heusweiler ein Omnibus, der Bergleute zur Grube brachte, verunglückt. In einer abschüssigen Kurve versagte das Steuer des schweren Wagens. Der Fahrer versuchte in eine etwas ansteigende Straße einzubiegen. Dabei kam der Omnibus zu weit nach links und streifte eine hohe Gartenmauer. Die linke Seite der Karosserie wurde aufgerissen und die auf dieser Seite sitzenden Bergarbeiter wurden herausgeschleudert und gerieten zum Teil zwischen Wagen und Mauer. Von den 42 Insassen erlitten drei schwere Knochenbrüche und 16 leichtere Schnittwunden und Prellungen.

Ein neuer Sparkassenandal. Der frühere Rentant Schwarz der Rauniger Spar- und Darlehnskasse wurde verhaftet und nach Wiesbaden ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Schwarz soll die Rauniger Kasse durch Unterschlagungen und schwere Urkundenfälschung um mehr als 200 000 M. geschädigt haben. Die Landeszentralbank will nur einen Teil des Fehlbetrages übernehmen. Von den etwa 400 Genossen soll jeder 250 M. zur Deckung des Fehlbetrages aufbringen. Die Genossen wollen den Vorstand und den Aufsichtsrat für den entstandenen Schaden haftbar machen.



Die Festung Rührin wird gesprengt.

Die Dynamit-Patronen werden in das Gemäuer des hohen Kasparier geschoben. Zu den Vorschriften des Versalles Vertrages gehört auch der Abbruch der Festung Rührin. Nachdem bereits vor einiger Zeit die Außenwände abgetragen worden sind, sind jetzt auch die Kasematten in die Luft gesprengt worden.

Gerichtssaal.

* Folgen einer rohen Tat. Unter der Anklage der fahrlässigen Eidesverletzung standen zwei Töchter eines Landwirts aus Strimpfenthal vor dem Erweiterten Schöffengericht Wiesbaden. In einer Nacht des vergangenen Winters erfolgte ein Angriff von mehreren Personen auf das Anwesen des Landwirts, die große Steine in das Schlafzimmer der Familie warfen und dabei eine Tochter erheblich verletzten. Die beiden Mädchen glaubten fünf der Angreifer zu erkennen und zeigten sie an. Die Jurysen erließen daraufhin Strafbefehle, gegen die sie Einspruch erhoben. Die Angelegenheit kam vor dem Amtsgericht Wiesbaden zur Verhandlung, in der die beiden Angeklagten beschworen, die fünf Angegebenen bestimmt als Beteiligten wiedererkannt zu haben. Die Beschuldigten konnten jedoch durch das Zeugnis von Verwandten nachweisen, daß sie nicht dabei waren und wurden freigesprochen, während gegen die beiden Zeuginnen Klage wegen fahrlässiger Eidesverletzung erhoben wurde. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, da sie von der Wahrheit ihrer Behauptungen überzeugt sind.

* Das betrogene Arbeitsamt. Das Frankfurter Arbeitsamt ist vor einiger Zeit durch einen Betrügertrick um annähernd 1700 M. geschädigt worden. Die Jurysen hatten in großem Umfange gefälschte Formulare für Arbeitsbescheinigungen mit fingierten Namen ausgefüllt, und die Unterzeichnungsätze erhoben. Ein gewisser Becker wurde dieser Tage mit einem Jahr Gefängnis bestraft, sein Komplize, der Arbeiter Hermann Reinhardt, erhielt von dem Frankfurter Schöffengericht 10 Monate Gefängnis. Der Haupttäter, der von den beiden als ein Seemann von der Wasserlinie beschrieben wird, ist entkommen. Reinhardt leugnete hartnäckig und konnte erst in der Verhandlung durch Professor Kopp überführt werden. Er will Berufung einlegen. Der Vorsitzende hatte in der Urteilsbegründung hervorgehoben, daß die schweren Lasten, die der Öffentlichkeit mit der Verjüngung der Erwerbslosen auferlegt sind, die betrügerische Inanspruchnahme besonders strafschwer machen. Bewährungsfrist und Anrechnung der Untersuchungszeit lehnte das Gericht ab.

F. Wirth G. m. b. H.

Fernruf 20 054/55

Natürliche Mineralwasser
in jeder Preislage.

3045

SÄMTLICHE RESTLICHE

KINDER-SCHUHE

ZU FOLGENDEN
NIE WIEDERKEHRENDEN

TOTAL-AUSVERKAUFS
-PREISEN

Größe 18 bis 22 1.50
" 23 bis 27 3.—
" 28 bis 35 5.—

Damen-Badeschuhe

mit u. ohne Absatz [jetzt pro Paar] 1.—

Goldschmidt
Langgasse 18

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten
und „Das Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kellisch; für Unterhaltung, Stadt- nachrichten und den Abgaben Schriftstell: J. W. H. Kellisch; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornax, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag des L. Schellberg'schen Buchdruckers in Wiesbaden

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Deflation in Deutschland! — Rückwanderung des Fluchtkapitals. — Die Auslandsanleihen. — Beträchtliche Kursverluste der deutschen Anleihen im Ausland. — Der fehlende Kapitalausgleich. — Unerwünschte Notverordnungen — Folgen.

Trotz aller in der Presse und in Vorträgen versuchten Aufklärung muß man feststellen, daß es noch immer Leute gibt, denen der Schrecken der Inflation so in den Knochen sitzt, daß sie sich von der gegenwärtigen Situation der deutschen Währung eine völlig falsche Vorstellung machen. Eine kurze, systematische Darlegung der beiden Probleme „Inflation“ und „Deflation“ ist daher sehr angebracht. Die Inflation wurde durch hemmungslose Vermehrung des Notenumlaufes hervorgerufen. Noten waren reichlich vorhanden, täglich kamen neue hinzu, ihr Wert wurde daher von Tag zu Tag geringer. Den einzigen Schutz gegen die Folgen der Marktentwertung bildete die „Flucht in die Sachwerte“, Immobilien, Waren, ausländische Werte. Im Gegensatz hierzu äußert sich die Deflation in einer Verringerung des Notenumlaufes, in einer sich immer stärker fühlbar machenden Knappheit an Zahlungsmitteln. Geld ist gesucht und die Zinssätze steigen, Waren (Sachwerte) müssen zu Selbstbeschaffungszwecken abgestoßen werden und die Warenpreise zeigen dementsprechend fallende Tendenz. Während in der Inflation das Geld eine schnelle Umlaufgeschwindigkeit hat, da jeder erhaltene Noten wegen der Wertminderungsgefahr so schnell wie möglich weitergibt, ist das Merkmal der Deflation eine geringe Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das, in der Tasche festgehalten, „besauriert“ wird — in der bewußten oder unbewußten Hoffnung, es mit fortschreitender Deflation teurer ausgeben oder billiger damit einkaufen zu können. Zusammenfassend ergibt sich also:

In der Inflation liegt das Heil in den Sachwerten, die das Vermögen, von den Notenumvermehrungen unberührt, erhalten. In der Deflation ist der Besitz von barem Geld, von Kapital, der bessere Teil, da hiermit hohe Zinsen erzielt werden können.

Der Besitzer von Geld kann aber die für ihn bestehenden Vorteile der Deflation nur dann ausnützen, wenn er das Geld nicht zinslos behält, sondern zur Bank oder Sparkasse bringt.

Die Kapitalfluchtverordnung hat, wie man bereits in den ersten Tagen nach ihrem Herauskommen deutlich beobachten konnte, gute Ergebnisse erzielt. In größerem Maße wurden bei den Banken ausländische Noten, die von den Besitzern aufbewahrt worden waren, in Reichsmark umgewandelt. Jetzt erhält man eine Bestätigung dieser Transaktionen durch eine offizielle Schweizer Meldung, wonach in den letzten Tagen ziemlich erhebliche Rückflüsse von Schweizer Noten aus Deutschland festgestellt wurden. Darüber hinaus wurden ganz beträchtliche Rückzahlungen von deutschem Kapital aus der Schweiz vorgenommen. Die Schweizer Banken haben sich auch durch Bereithaltung großer sofort verfügbarer Mittel dafür gerüstet, den an sie herantretenden Rückzahlungsanprüchen genügen zu können. Wie in der Schweiz, so liegen die Verhältnisse auch in den anderen von der deutschen Kapitalflucht bevorzugten Ländern, vor allem in Holland.

Die Kapitalfluchtverordnung hat also mit Erfolg eine Rückwanderung des deutschen Fluchtkapitals aus dem Ausland eingeleitet, so daß damit gerechnet werden kann, daß wenigstens nach und nach der volkswirtschaftlich so uninnige Zustand verschwindet, daß deutsches Kapital zu geringsten Zinssätzen ins Ausland gegeben wurde, um zum Teil von dort gegen teurere Sätze wieder nach Deutschland ausgeliehen zu werden.

Zur Zeit dauern die Verhandlungen über die Abwicklung der nach Deutschland gegebenen kurzfristigen Auslandsanleihen immer noch an. Während die ausländischen Großbanken bereit sind, sich an einem Moratorium für die kurzfristigen Anleihen zu beteiligen, liegt die Schwierigkeit darin, auch die Zustimmung der mittleren und kleineren Gläubiger zu erhalten. Ist also die Frage der kurzfristigen Auslandsanleihen noch keineswegs ganz geklärt, so befinden im Augenblick die Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen — u. a. zur Umwandlung der laufenden kurzfristigen Anleihen — noch weit geringere Aussichten. Im Gegensatz zu einer Reihe amerikanischer Bankiers, die zur Zeit die Möglichkeiten für langfristige Anleihen und Beteiligungen prüfen wollen, macht die maßgebende amerikanische Bankfirma Morgan u. Co. entschieden Front gegen eine Kreditbereitschaft für Deutschland. Morgan vertritt mit aller Entschiedenheit den Standpunkt,

daß eine vernünftige Beschränkung des Wagnisses für langfristige Kapitalanlagen in Deutschland erst von dem Augenblick an möglich sei, wenn eine weitgehende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht sei. Sonst werde die Welt immer schon nach ganz kurzer Zeit wieder durch wachsende politische Spannung zwischen Deutschland und Frankreich beunruhigt und die Kurse der neu ausgegebenen langfristigen Anleihen ungünstig beeinflusst werden.

Um diese Einstellung Morgans zu verstehen, muß zweierlei beachtet werden. Einmal arbeitet seine Bank schon seit dem

Kriege sehr eng mit der französischen Finanz zusammen und unterhält auch in Paris eine eigene Niederlassung, andererseits haben die Kursverluste der Dawes- und Young-Anleihen die amerikanischen Bankkunden stark enttäuscht, worunter auch die Emissionshäuser zu leiden haben.

Die Kursverluste der deutschen Anleihen, die im Ausland untergebracht wurden und an den ausländischen Börsen notiert werden, sind ganz beträchtlich. Die ersten Kursrückgänge liegen bereits weiter zurück. Nach vorübergehender Erholung — nach Bekanntwerden des Hoover-Planes — traten jetzt unter dem ungünstigen Eindruck der durch das Verhalten Frankreichs ergebnislosen Londoner Verhandlungen neue große Kursverluste ein. Innerhalb einer Woche haben die deutschen Dollaranleihen in New York durchschnittlich 15 Prozent, in Amsterdam 10 Prozent eingebüßt. Die höchsten Kurse des laufenden Jahres wurden gegen Ende März notiert. Damals standen die 7prozentigen deutschen Dollaranleihen in New York 97,5 Prozent, heute 86,2 Prozent, in Amsterdam 95 Prozent gegen 86,9 Prozent. Die 6½prozentigen deutschen Dollaranleihen fielen von 87,4 Prozent auf 55,6 Prozent in New York und von 86 Prozent auf 66,6 Prozent in Amsterdam. Diese Anleihen haben also von dem Frühjahrskursstand rund ein Drittel verloren! Die 5½prozentigen Young-Anleihen notierte zuletzt (am 11. Juli) in Berlin 66 Prozent. Ende Juli belief sich der Auslandskurs in New York auf 56 Proz., in Amsterdam auf 50 Proz.

Die Young-Anleihe ist im Ausland durchschnittlich gefallen in der letzten Woche um 12 Prozent, innerhalb des ganzen Juli um 25 Prozent und seit dem Höchstkurs dieses Jahres sogar um 32 Prozent.

Diese Kursentwicklung ist für die Aufnahmefähigkeit von neuen Auslandsanleihen von außerordentlich ungünstiger Wirkung, da das ausländische Publikum nach den erlittenen Verlusten kaum für deutsche Anleihen Zeichnungsbereitschaft zeigen wird.

In normalen Zeiten bewirkt das Gebot der Wirtschaftlichkeit, daß Länder, die Kapitalüberschuss haben, den Ländern, die Kapitalarm sind, in ihrer Volkswirtschaft aber Kapital benötigen, die gebrauchten Summen gegen entsprechende Verzinsung zur Verfügung stellen. Heute muß man das Gegenteil feststellen. Kapitalreiche Staaten, wie z. B. Frankreich, geben den kapitalbedürftigen Ländern, wie etwa Deutschland, nicht die dort zinstragend unterzubringenden Kredite, nein, sie ziehen noch weitere Kapitalien an sich. So vergrößert sich gegenwärtig der Kapitalüberschuss der einen und der Kapitalmangel der anderen Länder. Dieser vom wirtschaftlichen Standpunkt unsinnigen Einstellung und Entwicklung entspricht die Gestaltung der Zinssätze. In den kapitalreichen Staaten fallen die Zinsen von Jahr zu Jahr, so in Frankreich für Obligationen von 8 Prozent in 1926 auf 5 Prozent in 1929 und 4 Prozent in 1930, in den Vereinigten Staaten von 4 Prozent in 1926 auf 3 Prozent in 1930. In den kapitalarmen, aber wirtschaftlich leistungsfähigen (Landwirtschaftlichen oder industriellen) Produktionsländern müssen heute mindestens die doppelten Zinsen für absolut einwandfreie Obligationen gezahlt werden.

Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf den internationalen Kapitalmärkten ist die einzige Möglichkeit auch die internationale Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die immer schwerer werdenden Folgen der Weltwirtschaftskrise abzuwenden.

In dieser Richtung gehen auch die Gedankengänge Hoovers, der das Problem unserer Zeit richtig erkannt hat, sich aber gegenüber Frankreich, das die Politik über die Wirtschaft stellt, bis jetzt nicht durchsetzen konnte.

Die Notverordnungen haben auch ihre unerwünschten Folgen gehabt, die leider nur zum Teil abgestellt werden konnten. So haben die Ausnahmestimmungen für Auszahlung alter Guthaben zu allen möglichen unlauteren Versuchen geführt, zu den festliegenden Geldern zu kommen. Andererseits brachten die Zahlungsmoratorien, besonders für Wechsel, eine gute Zeit für diejenigen, die auch ohne die Notverordnung garnicht zur Zahlung in der Lage gewesen wären. Dasselbe gilt für andere Verpflichtungen, die mit dem Hinweis auf garnicht bestehende „Bankguthaben“ und „Sparkonten“ nicht erfüllt wurden. Das Ingangkommen des normalen Zahlungsverkehrs wird in diesen Fällen aber wohl bald Aufklärung schaffen. Zu einem ganz besonderen Geschäft wurde schließlich der Handel mit Schecks auf die Danatbank. Da die Steuerlasten Schecks auf diese Bank in gleicher Weise wie andere annahmen, zahlten Inhaber von Konten bei der Danatbank nicht nur ihre Steuern mit Schecks, sondern sie gaben solche auch an Bekannte, im Tausch gegen andere Bankchecks oder gegen bar, in einzelnen Fällen gegen einen entsprechenden Nachlaß. Die Steuerlasten wurden daher auf einmal mit Danatbankchecks überhäuft, bis sie bestimmten, daß nur tatsächliche Inhaber von Konten bei der Danatbank mit Schecks auf diese Bank ihre Steuern bezahlen können.

Man ist versucht, den 1931er etwa „Ärsenwein“, „Depressionswein“, „Abbaumein“ oder „Notverordnungwein“ zu nennen, da er in dieser trüben Zeit durch die Traube vom Werden gelangt. Aber diese „lieblichen“ Namen dünken uns doch etwas zu ominös, besser dünkt uns schon der von einer anderen Seite gemachte Vorschlag, den 1931er „Hoover“-Wein zu taufen, wobei man die Hoffnung hegt, daß uns vom „Hoover-Wein“ mehr erhalten bleibt als vom Weltfeiertag. Beachtlich ist der weitere, von einer pfälzischen Tageszeitung gemachte Vorschlag, wenn der neue Wein recht fräftig wird, ihn „Deutscher Michel“ zu taufen, was heißen soll: „Bist du selbst, dann bist du Gott!“

Auch auf dem Weinmarkt haben die Verhältnisse infolge der Geldmitteldrängung und des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges eine weitere Verschlechterung erfahren. Von verschiedenen Seiten wurden schon Schritte zur Erlangung von Krediten zwecks Finanzierung der diesjährigen Ernte unternommen. Die Weinpreise haben unter dem Druck der schwierigen Verhältnisse weiter nachgegeben. Rheinheißige 1930er Konsumweine kann man beispielsweise schon für 460 Mark die 1200 Liter haben, mancherorts soll sogar weniger bezahlt worden sein. Bessere Sachen wurden in Altsheim und Nierstein mit etwa 600 Mark das Stück bewertet. An der Mosel wurde im mittleren Gebiet etwas 1930er zu 400—550 Mark das Fuder (960 Liter) abgesetzt. Wenn um 400 Mark für das Fuder bezahlt wurden, dann muß es sich um ausgesprochene Notverkäufe handeln, anders kann man solche Abschläge nicht bezeichnen, denn für 400 Mark kann kein Winzer produzieren und dabei etwas ver-

dienen, da bei diesen Einnahmen noch nicht einmal die Herstellungskosten ganz gedeckt werden. Der Rheingau hat keinen „Rheingauer Römer“ zum Alleinvertrieb in ganz Deutschland einer Großfirma übertragen, wozu man sich eine starke Absatzförderung verspricht. Von großem Interesse ist es zu hören, daß schon 3500 Stück dieses Weinglases nach Holland abgesetzt wurden. In Franken wurden billige Konsumweine zu 50—70 Mark die 100 Liter für 1930er verkauft, während die besseren 1929er Gewächse durchweg 20 Mark höher bewertet werden. In Württemberg kostete der Eimer 1930er bei den jüngsten Umsätzen 125 bis 200 Mark und mehr. Es handelt sich dabei um 300 Liter. In Baden kosteten 1930er Kaiserstuhl- und Markgräfler etwa 60—130 Mark die Odm (150 L.). Die rheinpfälzische Naturweinversteigerung der Ungsteiner Winzergenossenschaft nahm einen flotten Verlauf, doch war auch hier die Rückläufigkeit der Preise festzustellen. Das ganze Ausgebot wurde bei entgegenkommendem Zuschlag der Eigner abgesetzt und 570—930 Mark für die 1000 Liter 1930er Ungsteiner bezahlt.

Voraussetzung und Wirkung einer Diskonterhöhung.

Die Gefahren einer rücksichtslosen Diskontpolitik.

In dem letzten Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung“ beschäftigt sich Professor Dr. Wagemann mit der Frage einer Diskonterhöhung. Er führt darin aus, daß man eine scharfe Diskonterhöhung und damit eine allgemeine Verteuerung der kurzfristigen Kredite im jetzigen Zeitpunkt für unerlässlich halte, ohne allerdings dabei zu berücksichtigen, daß der Mechanismus der Diskontschränke nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen wirksam wird. Professor Wagemann weist daraufhin, daß man in denselben Fehler verfallen, den man der Reichsbank bis zum Jahre 1910 immer wieder zum Vorwurf gemacht habe. Damals hätte sich die Reichsbank in ihrer Diskontpolitik sehr stark auch durch rein zahlungstechnische Vorgänge, nämlich durch die Saisonveränderungen des Zahlungsmittelbedarfes, bestimmen lassen. Die Diskontpolitik ist jedoch nichts weiter als ein Instrument der konjunkturellen Einwirkungen; nur wenn es sich bei den Veränderungen des Geldumlaufes um rein konjunkturelle Reaktionen handelt, kann eine Diskonterhöhung wirksam werden. Auch gegenwärtig handelt es sich bei der Steigerung des Geldumlaufes nicht um konjunkturelle Vorgänge, sondern vorwiegend um eine zahlungstechnische Umschaltung, deren Ursache allerdings in einer Saisonbewegung in der Vertrauenskrise liegt, durch die Diskonterhöhung soll die Aufnahme und das Durchhalten von Krediten derart veräußert werden, daß die Devisenbesitzer Devisen abstoßen müssen. Den besten Schutz gegen unbegründete Devisenkäufe sieht Prof. Dr. Wagemann in einem Ausbau der Devisenverordnung und der Kapitalfluchtverordnung bei gleichzeitiger Beruhigung herbeiführender Erleichterung des inneren Zahlungsverkehrs. Der Auffassung, daß durch den hohen Zinssatz bei allen Warenbesitzern ein Druck ausgeübt werde und dadurch Senkung der Preise und des Geldbedarfes erreicht werden solle, wird entgegengehalten, daß dies nur insofern geschehen könne, als in der Wirtschaft tatsächlich noch große Lagerbestände vorhanden seien. In allen Zweigen und Firmen, die über keine oder nur geringe Lager verfügen, würde dagegen eine Diskonterhöhung früher oder später eher zu einer Preissteigerung führen, weil sich hierdurch die Produktionskosten mehr oder weniger stark erhöhen; eine Produktionsdrückung wäre wohl unvermeidlich. Große Lagerbestände sind aber in der Wirtschaft nicht mehr vorhanden, da sie im Verlaufe des Konjunkturrückganges während der letzten Jahre ziemlich kräftig abgebaut worden sind. Bezüglich der Notwendigkeit einer rücksichtslosen Diskontpolitik zwecks natürlicher Auslese der Kreditnehmer bzw. Erschwerung unproduktiver Kapitalanlagen wird in dem Bericht erklärt, daß dies Argument für eine Periode der Hochkonjunktur und bei freier Wirtschaft eine gewisse Berechtigung habe. In einer Zeit der Depression aber würden Kredite ohnehin nur für die dringlichsten Aufgaben aufgenommen, und bei der gegenwärtigen Konjunkturlage sei es wirklich nicht erforderlich, Gefahren einer Überinvestition zu bekämpfen.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß jede zu scharfe Diskonterhöhung gegenwärtig den Nachteil mit sich bringt, den laufenden Wirtschaftsprozess zu stören und die schon jetzt hohe Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu vergrößern. Das erzeugt die Gefahr, daß die öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sprunghaft wachsen, während auf der anderen Seite die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben infolge des sinkenden Geschäftsumsatzes sich weiter vermindern. Daher ist zu überlegen, ob die Nachteile einer rücksichtslosen Diskontpolitik nicht so große sind, daß sie die von ihr erwarteten Vorteile mehr als aufheben.

Das Halbzeuggeschäft im Juni.

Kurzer Ausblick in der zweiten Monatshälfte.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes der deutschen Metall-, Walzwerks- und Hüttenindustrie hat das Geschäft in der Rührmetall-Halbzeugindustrie in der zweiten Monatshälfte einen kurzen Aufschwung genommen. Zu Beginn des Monats herrschte bei weiter nachgegebenen Preisen für Schwermetalle Zurückhaltung unter den Abnehmern von Halbfabrikaten. Vorübergehende Befestigungen der Metallpreise vermochten an der Haltung zunächst nichts zu ändern, wenn auch das langsame Steigen des Zinkpreises schon etwas größere Einbeudungen in den entsprechenden Halbfabrikatengruppen zur Folge hatte. Der Aufschwung setzte ganz plötzlich in unmittelbarem Anschluß an die Hoover-Aktion ein und führte zu teilweise sehr starken Abschlüssen in Halbfabrikaten. Die Tatsache, daß die Abschläge größtenteils noch auf den niedrigsten Preisgrundlagen erfolgten, läßt hoffen, daß die Abwicklung im Laufe der nächsten Zeit bei Wiederkehr normaler Verhältnisse reibungslos vor sich geht, obwohl es sich vielfach um Meinungsfälle gehandelt haben dürfte und inzwischen wieder Abschlüsse zu verzeichnen sind. Die Folgen des augenblicklichen Ausnahmezustandes, der notgedrungen das Halbfabrikatengeschäft fast völlig zum Stillstand gebracht hat, lassen sich freilich noch nicht übersehen. Für Juni hat sich der tatsächliche Absatz von Messinghalbzeug im Inland gegenüber dem Vormonat etwas erhöht, gegenüber 1930 blieb er um etwa 10 Prozent zurück. Der Inlandsabsatz von Aluminiumhalbzeug war um etwa 10 Prozent besser als im Mai 1931 und im Juni 1930. Das Messinggeschäft hat am 1. Juni seine Tätigkeit aufgenommen. Die Halbzeugpreise haben im Juni auf Grund der Preisbewegung bei den Rohmetallen etwas angezogen.

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Ende Juli/Anfang August geben die Weinberge ein günstiges Gesamtbild ab. Änderungen in den Herbstausichten von besonderer Bedeutung sind nicht zu verzeichnen. Allerdings mußte man in manchen Bezirken, so in Württemberg, auch im Rheingau und in Rheinhessen die Hoffnungen, die man vor Monatsfrist auf eine Volternte hatte, doch etwas zurücknehmen. Teilweise sind die Trauben durchgetrocknet (in den trodernen Lagen sind infolge der andauernden Trockenheit im Juni die Beeren stärker abgefallen), anderwärts hat der Heurwurm größeren Schaden angerichtet, schließlich hat auch die Peronospora dort, wo die Befämpfung häufig durchgeführt worden ist, manches geholt. Aber trotzdem darf man auf einen zufriedenstellenden Ertrag hoffen. Freilich gibt es wieder einen Herbst mit unterschiedlichen Ertragsstufen. Die Qualitätsausrichtungen werden als günstig beurteilt auf Grund der Tatsachen, daß schon frühzeitig die ersten Trauben „im Wein“ angetroffen wurden, in Rheinhessen und sonstwo sich die Frühburgunder Trauben stark färben und schließlich, daß es gilt einen Dreißigsten zu schaffen in der Reihe der guten Jahrgänge, der auf die letzten drei Jahrzehnte lautet: 1911 — 1921 — und nun 1931. Aber die Qualität läßt sich erst noch nicht bestimmen, wir müssen abwarten, ob die Sonne ihre Schuldigkeit tut. Wir leben zwar jetzt in der Zeit der „Dundstage“, merken aber nicht viel davon. Für die Trauben aber ist der August der „Reifezeit“. Alljährlich ist es üblich dem neuen Jahrgang, bevor er noch überhaupt geboten ist, einen Namen zu geben.

Der Sport des Sonntags.

33 Jahre Athletikmeisterschaften.

Historische Betrachtung zu der Austragung der Meisterschaften am 1. und 2. August.

Die deutsche Sportbehörde ist noch nicht alt. Sie hat aber in der Zeit ihres Bestehens eine wichtige Stellung im deutschen Sport- und Staatsleben erobert. Wir betonen ausdrücklich auch Staatsleben und beziehen uns hier auf Ausführungen des DSB-Reichstrainers Baiker, der in einer solchen Erscheinung Schrift: „Die deutsche Sportbehörde, ihre Arbeit und ihre Ziele“ die Aufgaben der von ihm vertretenen Organisation unter dem Gesichtspunkt des nationalerzieherischen Gedankens einer kritischen Würdigung unterzieht. Er betont darin, daß sich die Deutsche Sportbehörde bewußt in den Dienst deutscher Jugendberziehung stellt. Sie betrachtet den Sport als Helfer und Mittler, der die Ereignisse des persönlichen und sozialen Lebens in einer ähnlichen, aber fröhlich-harmlosen Form an unsere Jugend heranbringen soll. So werden die großen Gedanken staatsbürgerlicher Erziehung im sportlichen Streben des einzelnen und im Mannschaftsgedanken entwickelt. Da die Jugend, so sagt Baiker weiter, in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Not den Begriff der Volksgemeinschaft schneller als in glücklichen Tagen verliert, da selbst der Druck von außen die Volksgemeinschaft in Deutschland kaum enger gestaltet, so erhebt hier dem Sport eine wichtige Aufgabe. Das heißt, nur dem wahren Sport, dem von irgendwelchen Bindungen freien Sport. Auf seinem neutralen Gebiet bringt er Menschen aller Klassen zusammen, die der individuellen Höchstleistung, dem Mannschaftstypus zugeführt werden. Durch freiwillige Entbehrung, Enthaltensamkeit, körperliche Anstrengungen, Beharrlichkeit und Ausdauer werden Körper und Wille im Sinne einer geeigneten Vorbereitung für den späteren Staatsbürger gebildet. Der Mannschaftstypus erweitert den Gedanken persönlichen Strebens zur Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft. Hierbei sind theoretische Anweisungen für Wirklichkeitssportler Erziehung nur ein kümmerlicher Ersatz.

Wenn man sich dies vor Augen hält, dann erst versteht man, warum die Deutsche Sportbehörde einen solchen schnellen Aufschwung nehmen konnte. Am 4. September 1898 führte die DSB zum erstenmal deutsche Athletikmeisterschaften durch, die alljährlich wiederholt wurden. In den ersten fünf Jahren widmete man sich nur den Laufkonkurrenzen: 100, 200 und 1500 Meter. Dann kamen die Sprung- und Wurfleistungen im Jahre 1903: Diskus und Hochsprung. Gleichzeitig nahm man die 400-Meter-Strecke hinzu und setzte die 200 Meter bis zum Jahre 1909 zur Ruhe. Eine wesentliche Bereicherung bedeuteten die 110-Meter-Hürden. Das Jahr 1906 brachte den Weitsprung und das 100-Kilometer-Gehen. Letzteres wurde 1912 wieder fallen gelassen. 1909 kamen Stabhochsprung und Kugelstoßen hinzu, womit das Programm der Sprungwettkämpfe für weitere zwei Jahrzehnte erschöpft war, da trotz mehrfacher Entwürfe der Dreifprung erst anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung mit der Deutschen Turnerschaft als Meisterschaft anerkannt wurde.

Das Jahr 1910 brachte fünf neue Meisterschaften. Die fallengelassenen 200 Meter, die 800 Meter, die deutsche Meile, das 3000-Meter-Hindernislaufen und das 3000-Meter-Gehen. Im folgenden Jahre erhöhte sich die Zahl der Wettbewerber durch Hinzunahme von Speerwerfen und Jahnkampfs auf insgesamt 17, und 1913 wurden die Baldaufmeisterschaften neu eingeführt. Die Kriegsjahre brachten selbstverständlich keine neuen Disziplinen, doch schon 1919

wurde auf die deutsche Meile, die den internationalen Bestimmungen nicht entsprach, verzichtet und dafür Meisterschaften über 5000 und 10 000 Meter, sowie die 4×100-Meter-Staffel hinzugenommen.

Grundlegend änderten sich die Meisterschaften, als 1920 Frauenwettbewerbe hinzugenommen wurden: 100 Meter, 4×100-Meter-Staffel, Weitsprung und Kugelstoßen. Für die Männer kam in diesem Jahre der Dreikampf und das 50-Kilometer-Gehen hinzu, während man das 3000-Meter-Hindernislaufen wegließ. 1921 wurde die Vereinsmeisterschaft erstmals entschieden und gleichzeitig die 3×1000-Meter-Staffel und das 5000-Meter-Gehen ausgeschrieben, während der Dreikampf wieder in Wegfall kam. Durch Hinzunahme von Hochsprung, Diskuswerfen und Speerwurf erhöhte man die Frauenmeisterschaften 1922 auf sieben und gab den Männern ein Jahr später über 400 Meter die zweite Hürdenmeisterschaft. Das Jahr 1924 brachte dem Marathonlauf meisterliche Anerkennung; die Wurfleistungen konnten beidarmig durchgeführt werden. Das 5000-Meter-Gehen kam in Wegfall.

Für die Männer legte man 1925 und 1926 nur die 25-Kilometer-Bahn-Meisterschaft ein, während man den Frauen den Dreikampf, den 1000-Meter-Lauf und den Schlagballweitwurf gab. Sehr ersprießlich gestaltete sich das Jahr 1927, in dem vier weitere Meisterschaften hinzukamen: Hammerwerfen, 4×100-Meter-Staffel, Mannschaftswettbewerb im 50-Kilometer-Gehen und für die 3×1000-Meter-Staffel auf Grund olympischer Erfordernisse die 4×1500-Meter-Staffel. Das 5000-Meter-Gehen kam in Wegfall. 1929 verzichtete man auf die beidarmigen Wurfleistungen, gab den Frauen die 200 Meter und das 80-Meter-Hürdenlaufen. Weiter dehnte man die Vereinsmeisterschaft auch auf die Frauen aus. Ihren Dreikampf wandelte man in einen Fünfkampf um.

Das letzte Jahr brachte als Ersatz der Vereinsmeisterschaft die Vereinsrangliste, die auf Grund der 30 besten ermittelt wird. Ob dies die letzte Änderung des Meisterschaftsprogramms darstellt, darf bezweifelt werden, denn schon die gemeinsame Austragung der Meisterschaften zwischen DSB und DT hatte kleine Korrekturen im Gefolge. Die begraben gewählte 3×1000-Meter-Staffel wird erneut ausgetragen und neben der 4×1500-Meter-Staffel durchgeführt. Die Wurfleistungen sind durch Schleuderball und Steinwurf erweitert, zwei typisch turnerische Übungen. Als vierter Sprungwettbewerb kommt nun doch der Dreifprung in das Programm.

So erfüllt das Meisterschaftsprogramm im Laufe von 33 Jahren tiefgreifende Wandlungen. Es weist heute 41 Meisterschaften auf: 29 für Männer und 12 für Frauen. Die Frauenmeisterschaften kommen in Magdeburg voll zur Durchführung, während bei den Männern in Berlin nur 23 Meistertitel zu vergeben sind, da der Baldauf bereits entschieden ist und das Gehen, sowie die beiden langen Staffeln getrennt ausgetragen werden. Eines lehrt uns die Veränderung und Bereicherung des leichtathletischen Programms: stets ist man bestrebt, das Ge-eignteste und Brauchbarste herauszufinden, das Wertvollste für die deutsche Jugend gerade gut genug, Platz im Meisterschaftsprogramm zu finden. Beständig war nur der ewige Wechsel.

Fußball.

Der erste Spieltag.

Es geht wieder los! Sämtliche deutschen Fußballklassen hatten in die neue Saison. Nach den Vorbereitungswochen sollen die wenigen Privatspiele wichtiges Aufschlußmaterial über die Richtigkeit der Mannschaftsaufstellung und derzeitigen Spielstärke liefern. Schon am ersten freien Sonntag stehen einige größere Begegnungen auf dem Fußballprogramm. In Berlin steigt ein hochinteressantes Fußballturnier anlässlich des Jubiläums des Polizeisportvereins. Neben den Berliner Abteilungsmeistern Hertha-BSC, Tennis Borussia und noch eine ungarische Mannschaft in die Schranken treten. Bayern München hat sich den FC Sevilla verschrieben und ist sicher nicht schlecht damit gefahren. Saar 1905 Saarbrücken stellt nach 1860 München nunmehr Rapid Wien seinen Anhängern vor und wird abermals eine stattliche Zuschauermenge auf die Beine bringen. Auch in der main-hessischen Bezirksliga entwickelt sich ein reger Spielbetrieb. Eintraht Frankfurt hat an Stelle von Sparta Prag die Stuttgarter Kickers engagiert, dafür führt der SK Rot-Weiß Frankfurt nach der württembergischen Hauptstadt zum VfB. Viktoria Ulm feiert ihr 30-jähriges Bestehen und hat mit dem VfB. Rühl ein Wettspiel abgegeschlossen. Der VfL. Neu-Isenburg versucht es mit Alemannia Worms auf dem Platz des letzteren. Wormatia Worms trägt mit dem VfB. Frankenthal ein Trainingspiel aus. HSV 1905 Mainz läßt seine Elf in Kassel gegen den Keulung Weg, anlässlich dessen Jubiläumsfesten starten.

SV. Wiesbaden — Kickers Offenbach.

Nach dem Samstagsspiel in Frankfurt a. M., auf das wir bereits in unserer Freitagsausgabe hinwiesen, tritt der hiesige Sportverein auf heimischem Platz an der Frankfurter Straße Sonntagmittag um 4 Uhr den Offenbacher Kickers gegenüber. Zu diesem ebenfalls schweren Kampf bietet er im allgemeinen die gleiche Mannschaft auf, wie am Vortage. Lediglich an Stelle des linken Außers Zwing wird Raack platziert werden, und schließlich soll die Neuerwerbung Breitwieser (früher Walz Ludwigshafen) den Angriff führen. Letzterer hat bereits eine erfolgreiche Fußballlaufbahn hinter sich, doch war er längere Zeit beruflich verhindert, sich aktiv zu betätigen. Hoffentlich schlägt Breitwieser gut ein, da der HSV mit schufträftigen Stürmern gerade nicht übermäßig gut versehen ist. Zwar stehen noch einige Kräfte in der Reserve (so gab 1860 München einen Reservisten ab, aus Sonnenberg wurden zwei Anmeldeungen eingereicht), aber diese Neuanfassungen werden nicht vor Herbst frei, so daß nach wie vor die jungen eigenen Kräfte für die Liga in Frage

kommen. In der Reserve steht weiterhin der weit und breit bekannte Verteidiger W. Rauch, der trotz seiner 42 Jahre aktiv bleibt und sicherlich noch dringend benötigt wird. Der bei weitem jüngere Binding besitzt noch die größere Spannkraft der Jugend, was sich namentlich bei schnelleren Gegnern vorteilhaft auswirken wird. Mit der Mannschaft

Wolf; Binding, Debus; Neumann, Habermann, Raack; Schulmeier, Briest, Breitwieser, Kuhl, Blank; Erich; Sed

hofft die einheimische Elf gegen den spielstarken Gegner aus dem Maingebiet ein gutes Resultat zustande zu bringen. Bekanntlich zählen die Kickers, die vor allem über eine un-gemein schlagkräftige und stabile Hintermannschaft verfügen, mit zu den Favoriten in unserer Nachbargruppe.

Vorher, um 2.15 Uhr, spielt die S.V.M. - Polakelf in der Aufstellung: Leher; Köhler, Hirschberg; Schlotter, Ammerbacher, Tewel; Reichert, Diefenbach, Staudt, Kraus, Edel gegen die gleiche Vertretung der Offenbacher Kickers. Auch dieses Treffen verspricht ausgezeichneten Sport, dessen Zupruch sich lohnt.

Sportvereins 2. Mannschaft begibt sich in der Aufstellung Kirchner; Wilhelm, Lang; Mahlow, Schäfer, Zimmerlieb; Heißeder, Briest II., Schmitt, Leidenbach, Klauer nach Mainz zu einem Wettspiel gegen die dortige Hertha.

S.V.M. - Jugend: Wie alljährlich, so befindet sich auch diesmal wieder ein Teil der Jugendlichen während ihrer Ferien auf Fahrt. Während sich ihre Wanderung früher nur auf 1-2 Wochen erstreckte, so haben sich trotz der schlechten Zeitverhältnisse 14 Jugendliche unter der Führung des Jugendleiters Brandmüller bereit gefunden, eine dreiwöchentliche Fahrt über Alsfeld, Miltenberg, Wall-dürn, Mergentheim, Rothenburg, mit dem Ziel Nürnberg, Würzburg, anzutreten. Von dort erfolgt nach mehrtägigem Aufenthalt die Heimreise. Die Ankunft der Teilnehmer steht noch nicht fest. Da von Seiten der Jugendabteilung ein Empfang am Hauptbahnhof geplant ist, werden die Mitglieder der Abteilung gebeten, sich am Montagabend möglichst im Jugendheim einfinden zu wollen. Das Jugendheim ist ab 7.30 Uhr geöffnet.

Fußball D. T.

Gaugruppenmeisterschaft der 3. Gaugruppe.

Tgd. Worms Meister.

Die Kämpfe um die Gaugruppenmeisterschaft der Gruppe Rhein-Rahe haben in der Männerklasse die Tgd. Worms erfolgreich. Die Wormser wurden nunmehr sechsmal hintereinander Titelträger. Für die Spielstärke der Rabelungenstädter ist es bezeichnend, daß eine weitere von der Tgd.

entsandte B-Mannschaft ebenfalls ganz hervorragend abschnitt. Letztere unterlag lediglich gegen die A-Vertretung der eigenen Farben und gegen den Polizei-S.V. Wiesbaden, dem einzigen Vertreter der DSB. Dieser lieferte gleichfalls gute Partien, hatte aber gegen Tgd. Worms (A), Td. Stromberg und überraschend gegen den Td. Vorschach das Nachsehen, nachdem Siege über Tgd. Worms (B), Td. Bad Schwalbach, Td. Idstein und Td. Kesselbach errungen waren und somit der 4. Platz gesichert blieb. Man kann mit dem Abschneiden des hiesigen Vertreters durchweg zu frieden sein. Der zweite Bezirksvertreter, Td. Bad Schwalbach, verzichtete lamplos auf mehrere Spiele und Punkte und landete auf dem letzten Platz. Auch Td. Vorschach und Td. Kesselbach vermochten keine besondere Rolle zu spielen. Dagegen mußte zwischen dem Td. Stromberg und der Wormser B-Mannschaft, die mit je 10 Punkten den zweiten Platz hielten, ein Entscheidungstreffen ausgetragen werden, das nach wechselvollem Verlauf mit 39:34 von den Strombergern gewonnen wurde. In der Platzierung steht die Tgd. Worms (A) mit 12 Punkten an erster Stelle. Es folgen Stromberg mit 10, Worms-B mit 10 und Polizei-S.V. Wiesbaden mit 8 Punkten.

Die Ergebnisse:

Tgd. Worms (A) gegen Stromberg 36:30, gegen Polizei Wiesbaden 43:19, gegen Td. Bad Schwalbach lamplos, gegen Td. Idstein 36:20, gegen Worms (B) 32:24, gegen Kesselbach 52:20, gegen Vorschach 48:37.

Td. Stromberg gegen Tgd. Worms (A) 30:38, gegen Polizei Wiesbaden 51:29, gegen Td. Idstein 57:37, gegen Worms (B) 32:37, gegen Kesselbach 58:27, gegen Vorschach 35:20, gegen Bad Schwalbach lamplos.

Tgd. Worms (B) gegen Worms (A) 24:32, gegen Stromberg 37:32, gegen Polizei Wiesbaden 26:35, gegen Bad Schwalbach 38:20, gegen Td. Idstein 40:15, gegen Kesselbach 45:28, gegen Vorschach 43:27.

Polizei Wiesbaden gegen Tgd. Worms (A) 19:43, gegen Stromberg 29:51, gegen Td. Bad Schwalbach 34:28, gegen Td. Idstein 43:31, gegen Worms (B) 35:26, gegen Kesselbach 52:27, gegen Vorschach 28:45.

Td. Bad Schwalbach gegen Td. Kesselbach 43:30, Td. Vorschach nicht angetreten.

Td. Kesselbach gegen Td. Vorschach 30:45. Die weiteren Ergebnisse von Kesselbach, Vorschach, Idstein und Bad Schwalbach sind in obigen Ergebnissen enthalten.

Die Spiele in der 1. und 2. Altersklasse sowie in der Frauenklasse fielen wegen Mangels an Nennungen aus. In acht Tagen nehmen folgende Vertreter der 3. Gaugruppe Rhein-Rahe an den Kreismeisterschaften teil:

Männer: Tgd. Worms, Td. Stromberg; Frauen: Tgd. Worms, Td. Wiesbaden; 1. Altersklasse: Td. Wiesbaden, Td. Korbach; 2. Altersklasse: Tgd. Worms, Td. Algen.

Schwimmen.

Trotz Niederlage im letzten Verbandsspiel Gaumeister!

Mainz 1901 — SK. Wiesbaden 1911 3:1 (0:1).

Mit einer Mannschaft, die fast einer zweiten Garnitur gleicht, bestritt der Klub sein letztes Verbandsspiel am Donnerstagabend in Mainz. Krug und Ott, beide verletzt, fehlten. Trotzdem wäre mit der vorgegebenen Mannschaft eine Niederlage zu vermeiden gewesen, wenn nicht ein Spieler des Klubs eine grobe Undiszipliniertheit an den Tag gelegt und trotz fester Zusage seine Mannschaft in unvorhergesehene Schwierigkeiten gebracht hätte, indem er durch eigenes leichtsinniges Verschulden erst kurz vor Spielende eintraf. Dieser Spieler wird von den weiteren Spielen um die südwestdeutsche Meisterschaft in Saarbrücken und Ludwigshafen ausgeschlossen. Der Torhüter Eldags, der für ihn im Sturm spielte, konnte natürlich seiner Aufgabe nicht gerecht werden.

Zum Spielverlauf: Der Klub erreichte zuerst den Ball und schon wartete Grohmann mit einem gefährlichen Schuß auf. Der SKW war überlegen. Nur Kirshen ver-darb viel durch unüberflüssiges Spiel und zu langes Ballhalten. In der 5. Minute hob Grohmann im Anschluß an einen Lattenschuß den Ball leicht in die linke Ecke, unhaltbar für Obligschlager. Eine gute Situation noch für den Klub, als Kirshen den Ball selbst schon anstatt seinem Nebenmann, der bedeutend günstiger stand, abgab. Mit 1:0 für den Klub ging es in die Pause. Nach Halbzeit wurde das Spiel offener. Nach Herausstellung von Schellenberg, die zu Unrecht erfolgte, erzielte Mainz den Ausgleich. Wenig später mußte Kirshen seinem Klubkameraden folgen und Mainz konnte den Führungstreffer erzielen. Kurz vor Spielende wartete Mainz sogar noch mit einem dritten Treffer auf, der jedoch als irregulär bezeichnet werden mußte, da der Stürmer den Ball deutlich unter Wasser durchzog. Der Sturm des Klubs konnte sich in der zweiten Halbzeit kaum noch entfalten, da sich die beiden Augenstürmer meiß zu weit hinten aufhielten und Grohmann allein sich nicht mehr durchsetzen konnte. Das Spiel stand unter der Leitung von Rindessen Worms, der sich leider als ein unfähiger Schiedsrichter erwies und ganz besonders den Klub aufs schwerste benachteiligte. Mannschaftsaufstellung: Tor: Schmitt; Verteidigung: Schellenberg, Schremmer; Verbindung: Grünert; Sturm: Kirshen, Grohmann, Eldags.

Fechten.

Fechtmeisterschaften der Deutschen Turnerschaft.

In Kassel werden am 1. und 2. August die Meisterschaften im Mannschaftsfechten durchgeführt. Die besten Turnerfechter werden im Säbelfechten ihre Kunst zeigen. Recht gute Siegesaussichten hat der Mittelrheinreis, der mit seiner Elite vollständig zur Stelle ist. Der beste Einzelkämpfer erhält von der Stadt Kassel die „Schwander-Platette“, eine ganz besondere Auszeichnung. Die Kreisgruppen stellen folgende Vertreter: Gruppe 1 (Brandenburg): Rau, Hölcher, Kelterborn, Poppe, Dr. Kalk; Gruppe 2 (Sachsen): Kirsten, Schubert, Kiedel, Postel, Berthold; Gruppe 3 (Bayern): Kürstall, Libsch, Heinrich, Alsch, Kolbinger; Gruppe 4 (Mittelrhein): Tomplon, Dr. Schönbubbe, Wahl, Bauer, Heim; Gruppe 5 (Hannover-Braunschweig): Denhardt, Start, Raupach, Hoffmeister, Berger.

Für Deutsche zuerst deutsche Ware.

Der Kampf um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft.

Nachdem nunmehr auch in Wiesbaden eine Ortsgruppe des „Deutschen Wirtschaftsbundes, e. V.“ gegründet ist, wird diese, streng unparteiisch und nicht in den politischen Kampf eingreifend, dafür eintreten, mit allen Mitteln für die Erhaltung und Steigerung der deutschen Arbeitskraft zu sorgen. Der „Deutsche Wirtschaftsbund, e. V.“ will ein Hilfsmittel sein für die notwendige Erwerbung des deutschen Marktes für die deutsche Ware, in diesem Kampf eine Brücke zwischen den Parteien bilden, eine gemeinsame Plattform schaffen, unabhängig und deutsch.

Wie wichtig es ist, unserem so schwer geknechteten deutschen Volk immer wieder vor Augen zu führen, zuerst immer, wo nur irgend möglich deutsche Waren zu kaufen, dürfte auch nachstehende Gegenüberstellung zeigen.

Einfuhrziffern aus dem In- und Auslande.

Es führten ein: Deutschland im 1. Quartal 1931: 1939 Millionen Mark; im 1. Quartal 1930: 3171 Millionen Mark. Frankreich im 1. Quartal 1931: 11 811 Millionen Franken; im 1. Quartal 1930: 12 006 Millionen Franken. England im 1. Quartal 1931: 209 Millionen Pfund; im 1. Quartal 1930: 283,5 Millionen Pfund. Amerika im 1. Quartal 1931: 569 Millionen Dollar; im 1. Quartal 1930: 803,1 Millionen Dollar.

Wie man sieht, ist also die Einfuhr überall hart zurückgegangen. Das ist fraglos zum Teil eine Folge der Wirtschaftskrise, zum großen Teil aber auch eine Folge der Erkenntnis, daß überflüssige Einfuhr gedrosselt werden muß. Betrachtet man die Zahlen, so ist zwar der Einfuhrückgang in Deutschland nächst dem in Amerika am größten. Berücksichtigt man jedoch die Verhältnisse, in denen das deutsche Volk zu leben gezwungen ist, insbesondere die ungeheure Arbeitslosigkeit und die untragbaren Tributlasten, so ergibt sich noch immer ein viel zu hoher Betrag, der für fremde Erzeugnisse ins Ausland geht, während dieses Geld im Inlande Werte schaffen könnte.

Nach den neuesten statistischen Zahlen betrug die zu droffende Einfuhr ausländischer Lebensmittel 40 Prozent der Gesamteinfuhr, mit der unbedingt Schluß gemacht werden muß.

Über die Entwicklung der Einfuhr, die auch Hinweise für eine weitere Drosselung gibt, geben folgende Zahlen Aufschluß:

Die Einfuhr stieg ununterbrochen seit 1925 bei: Kaffee 1925: 207,7 Mill. Mark; 1928: 310,1 Mill. Mark; 1930: 372,9 Mill. Mark. Tee 1925: 17,4 Mill. Mark; 1928: 22,4 Mill. Mark; 1930: 25,4 Mill. Mark. Gewürze 1925: 25,9 Mill. Mark; 1928: 29,7 Mill. Mark; 1930: 31,4 Mill. Mark. Süßfrüchte 1925: 188,9 Mill. Mark; 1928: 252,7 Mill. Mark; 1930: 310,1 Mill. Mark. Butter 1925: 332,1 Mill. Mark; 1928: 435,3 Mill. Mark; 1930: 458,3 Mill. Mark. Tran 1925: 25,1 Mill. Mark; 1928: 57,4 Mill. Mark; 1930: 93,3 Mill. Mark.

Die Einfuhr ist teilweise noch weiter gestiegen, teilweise jedoch auch um kleine Prozentsätze gefallen. Um die ungeheuren Zahlen dieser Einfuhrziffern jedem Deutschen und besonders unseren Hausfrauen klar vor Augen zu führen, seien nachstehend einige Summen genannt, die täglich für gewisse Waren, die ebenso gut im Inlande hergestellt werden könnten, an das Ausland gezahlt werden. Zurunde gelegt ist hierbei der Herbst 1930.

Es gehen an das Ausland täglich für Gemüse: 378 000 Mark. Äpfel und Birnen: 184 000 Mark. Apfelsinen: 230 000 Mark. Bananen: 132 000 Mark. Milch, Butter, Käse: 1 1/2 Millionen Mark. Eier: 770 000 Mark. Südweine: 180 000 Mark.

Das sind rund 3 1/2 Millionen Mark täglich, die unnötigerweise ins Ausland wandern, mit denen im Inlande

Werte geschaffen werden, wodurch ein großer Teil der Arbeitslosen Arbeit und Brot erhalten könnte.

Die deutsche Eierwirtschaft ist ein Beispiel für das, was unsere Landwirtschaft leisten, und was in Deutschland noch mehr erzeugt werden kann. Der deutsche Eierverbrauch beträgt über 9 Milliarden Stück im Jahre, das sind auf den Kopf der Bevölkerung 150 Stück. Dieser Verbrauch kann aber noch wesentlich gesteigert werden, wenn das deutsche Frischei von der Hausfrau den Vorrat erhält und durch größeren Absatz eine Preissteigerung bewirkt wird. Die aufsteigende Entwicklung der deutschen Geflügelzucht kann es ermöglichen, uns völlig vom Ausland unabhängig zu machen. Unverantwortlich ist es, wenn unter diesen Umständen in jeder Minute unser Volk 534,72 Mark für ausländische Eier ausgibt! Notwendig ist nur das Bewußtsein jeden Verbrauchers, daß die deutschen Eier die frischesten, deshalb aber auch die besten und billigsten sind.

Der Einfuhrückgang beträgt im Jahre 1931 gegenüber 1930 bisher durchschnittlich etwa 13 Prozent. Eine Zahl, die eine erfreuliche Entwicklung beweist, die aber noch längst nicht hoch genug ist. Dieser Rückgang ist aber, wie es den Anschein hat, nicht durch die Vernunft der Verbrauchertrifft bewirkt worden, sondern lediglich durch die eingetretene Wirtschaftskrise. Heute heißt es mehr denn je: Deutsche, kauft deutsche Waren, überlegt zum mindesten beim Einkauf: „Kann ich nicht deutsche Waren ebenso gut und ebenso billig kaufen.“ Pflicht eines jeden Verbrauchers ist es daher, das seinige für eine weitere Drosselung der Einfuhr zu tun.

P. R.

Europas Geburtenüberschuß 3,1 Millionen im Jahre 1930.

In allen Ländern, mit Ausnahme des Deutschen Reiches und Norwegens, ist, wie die amtliche Reichsstatistik meldet, die Zahl der Lebendgeborenen nach dem vorjährigen Geburtenausfall im Jahre 1930 wieder mehr oder weniger stark angestiegen. Europa hat 1930 einen nicht unerheblich größeren Bevölkerungszuwachs gehabt als im Vorjahr, in dem wegen der verhältnismäßig schweren Grippe-Epidemie und des außergewöhnlich kalten und lang anhaltenden Winters, sowohl eine starke Erhöhung der Sterblichkeit wie auch ein über das Ausmaß des allgemeinen

Geburtenrückgangs hinausgehender Geburtenausfall vorlag. Der gesamte Geburtenüberschuß in ganz Europa, auschließend Sowjetrusslands und Südlawiens, betrug 1930 3,1 Mill. oder 8,7 auf tausend der Bevölkerung, gegenüber 2,4 Mill. im Jahre 1929. In Europa überstieg also im Berichtsjahr die Zahl der Geburten die der Sterbefälle um mehr als drei Millionen. Die Sowjetunion hatte 1927 in ihrem europäischen Teil eine natürliche Bevölkerungszunahme von 2,6 Millionen oder 23 auf 1000 der Bevölkerung. Der Geburtenüberschuß der Vereinigten Staaten und Kanadas wurde 1927 mit 9,5 auf 1000 angegeben und der Japans 1928 sogar mit 14,5 auf 1000. Für weite und zum Teil sehr poltreiche Gebiete der Erde wie China, Afrika und große Teile Südamerikas läßt sich die jährliche Bevölkerungszunahme nicht feststellen. Die Zahl der Lebendgeborenen wird für 1930 für die einzelnen Länder wie folgt angegeben: Deutsches Reich 1 226 829 (Geburtenüberschuß 6,5 auf 1000 Einwohner); Großbritannien 743 988 (5), irischer Freistaat 58 274 (5,7), Estland 19 410 (2,5 gegen 0,9 im Jahre 1929), Frankreich 748 911 (2,4 gegen 0,3 im Jahre 1929), Italien 1 085 220 (12,4), Litauen 64 164 (11,5), Niederlande 182 312 (14), Norwegen 48 689 (6,2), Österreich 112 601 (3), Polen 1 015 834 (17), Portugal 202 529 (13,9), Schweden 89 855 (5,7), Spanien 660 735 (11,7), Tschechoslowakei 331 953 (8,5) und Ungarn (9,4). Insgesamt wurden in den genannten außerdeutschen Ländern im Jahre 1930 128 000 Kinder mehr geboren als im Vorjahre, während in Deutschland die Zahl der Lebendgeborenen, hauptsächlich wohl infolge der verschärften Wirtschaftskrise, auch nach dem vorjährigen Geburtenausfall wieder um weitere 20 000 gesunken ist. Die niedrigste Geburtenziffer hatte im Jahre 1930 nächst Schweden, wo schon in den Vorjahren nur 16,1 Geburten auf 1000 Einwohner gezählt wurden, Großbritannien mit 16,8 auf 1000. Darauf folgen Österreich mit 16,6, die Schweiz 17,2, Norwegen 17,3, Estland 17,4 und an 7. Stelle das Deutsche Reich, das im Jahre 1930 mit 17,5 auf 1000 erstmalig eine niedrigere Geburtenziffer als Frankreich (18,1) hatte. Die Sterblichkeit war 1930 überall außergewöhnlich günstig. In den genannten Ländern wurden insgesamt 480 000 Sterbefälle weniger gezählt als im dritten Jahr 1929. An der Abnahme waren die vier größten Staaten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ziemlich gleichmäßig mit je rund 90 000 beteiligt.



Die Ford-Werke stillgelegt!

Meldungen zufolge sollen die Fordwerke in Detroit vorläufig für die Dauer eines Monats stillgelegt sein. Von den 36 übrigen Fordfabriken sind ebenfalls nur noch elf zum Teil beschäftigt. Unser Bild zeigt links die Fordwerke in Detroit bei Schichtwechsel, rechts eines der zahlreichen Fabrikgebäude.

Abenteuer in USA

Von Mormonen, Indianern und geschiedenen Frauen.

Als Dagabund im Wilden Westen. / Von Karl Ey.

6. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

Nach meiner Kalkulation und den Angaben des Chauffeurs hätte ich von den Salpeterminen in Dead Gulch schon etwas sehen müssen, aber vergeblich hielt ich Ausschau. Überall dehnte sich nur die endlose Sandwüste.

Mit kaltem Schreck ließ ich mich nieder. Ich bohrte mit dem Fuß in den Sand, konnte aber keine Steine der Straße bloßlegen, ich mußte wie besessen mit den Händen nach. Nichts — nur Sand, der sofort wieder in die Löcher rann und sie füllte.

Ich war von der Straße abgeraten, und hatte mich in der Wüste verirrt. Das hört sich nur schlimmer an, als es mir damals vorlief, denn ich wußte ja, daß Reno und Dead Gulch irgendwo in der Nähe liegen mußten, daß ich im Notfall auch nach der Scheitungsstadt in einem Tag zurückwandern konnte, wenn ich die Richtung wußte. Ja, wenn ...

Ich wußte allerdings durch den Sonnenaufgang, wo der Osten lag, aber leider, leider, ich wußte nicht, ob Reno im Osten oder Westen, im Süden oder im Norden von der Stelle lag, auf welcher ich stand. Solange ich mich noch auf der Straße nach Dead Gulch wußte, hatte ich bemerkt, daß diese mehrere Windungen machte ... Dead Gulch lag zweifellos „irgendwo hier herum.“ Aber wo?

Mit weit größerer Vorlicht öffnete ich meine letzte Flasche Sauerbrunnen. Ich ... ging die Kohlen säure ab, und vorsichtig beugte ich mich die Flasche, welche mir jetzt schon wie mit Sandpapier belegt vorlief. Dann sah ich den Inhalt der letzten Konervenbüchse und machte mich wieder auf die Reise. Ich vermutete, daß Reno südlich lag, also schlug ich die Richtung nach Norden ein, wo ich Dead Gulch zu finden glaubte.

Gegen Mittag half alles nichts. Ich mußte Rast machen, und ich mußte trinken. Ich tat beides ... Ich leerte die letzte Flasche und vertraute auf mein Glück. Wenn man die Straßen abbricht, muß eine Entscheidung kommen, so oder so

Die Wüste lebt.

Sechs Stunden hatte ich ohne Unterbrechung meinen Marsch durch die Sandwüste fortgesetzt, immer in der Hoffnung, irgendwo einen Telegraphenmast, einen Schornstein oder eine Wellblechhütte zu entdecken. Aber immer war die Hoffnung vergebens. Nicht einmal ein verwitterter Baum oder eine der großen Kaktuspflanzen, die in den Wäldern Arizonas und Neu-Mexicos als Wegweiser gelten, war zu entdecken, ja selbst die gebleichten Gerippe

der Pferde und Maultiere, die sonst dafür zeugen, daß man sich auf einer Route befindet, die einst eine Straße war, fehlten.

Eben, gleichförmig, endlos — so dehnte sich der gelbgraue Sand bis zum Horizont nach allen Seiten aus: tot, verlassen, ein tiefer Kirchhof unter dem grellen Licht der Sonne, die mittellos am wolkenlosen Himmel stand. Die tanjende, zitternde Hitze stieg in sichtbaren Wellen vom Sande auf und fiel vom Himmel herab. Und nur ein verflüchteter Wind entstand hin und wieder aus dem Nichts, wirbelte eine kleine Sandwolke empor und verging wieder.

Je länger der Marsch dauerte, desto mehr ergriff mich die fliegende Angst, die so nahe mit dem Wahnsinn verwandt sein soll, und der unerbittliche Durst, der nicht nur seinen Sitz in der geschwollenen Zunge, der ausgedörrten, landgequälten Kehle seinen Sitz hat, sondern den ganzen Körper vernagelt, denn die klare trodene Hitze laugte den Schweiß auf und machte die Haut so empfindlich, daß man jedes Sandkorn, das sich durch Arme und Kragen unter die Kleidung vertiefte, brennend verspüren mußte.

Bald aber sahen die Augen etwas Merkwürdiges. Die Wüste lebte auf einmal. Ein grüner beschliffener Leich entstand, Blockhütten tauchten auf, Maultierkarawanen bewegten sich in dem Glanz der Sonne, lauchten auf und — verschwanden. Das Ohr vernahm das bejagende Rauschen köstlich-larven Wassers, aber es war nur das Blut, das gegen die Schläfen hämmerte. Hohl wie in einer Trommel klopfte das Herz. Immer neue Bilder flogen an den entzündeten Augen vorbei, Silber, die lodten, die man mit allen Fasern seines Seins glauben wollte, und von denen der kleine Verstandesrest einem doch sagte, daß es „fools pictures“ waren, Kartenbilder, die Kata Morgana des Gehirns, die Vorboten des Wahnsinns. „Wahnsinn!“

Was in mir noch eine Reflektierung aufbringen konnte, baumte sich gegen diese Trugbilder auf. „Alles Einbildung, alles Einbildung“, versucht die Stimme sich selbst zu überzeugen, aber die Stimme ist kaum mehr zu hören. Sie ist nur ein Krächzen, das aus der Kehle kommt.

Plötzlich trifft das Auge etwas, das nicht ein Trugbild des Gehirns zu sein scheint. Hier waren Menschen! Hier liegt eine

Flasche, eine Konervenbüchse, hier sind Fußspuren. Alle Hoffnung erwacht mit einem Schlage wieder. Der Verstand setzt sich wieder durch, um dann durch ein nervöses tränenloses Schluchzen wieder gefährdet zu werden. Die Flasche ist dieselbe, die ich am Morgen geistert hatte. Ich war im Kreise durch die Wüste gewandert, gewandert, viele qualvolle Stunden durch die Hitze der Wüste, um dahin zurückzukehren, von wo aus ich aufgebrochen war

Irgendwie freilich aber doch etwas wie eine Erleichterung über den Körper, als ich mich mit einem plötzlichen Verlegen aller Kräfte auf den Sand fallen lasse. Ist es die Tatsache, daß ich nicht weiter in die endlose Nevada-Wüste gewandert bin, ist es der hereinbrechende Abend, der die Sonnenstrahlen mildert und einen kühleren Wind hervorzaubert? Genug, nach einer Stunde Ruhe kann ich wieder denken. Und ein anderer Schmerz läßt mich eine Zeitlang den Durst vergessen.

Die Wüste lebt. Ein teuflisches Dasein ist in diesem Sand verborgen. Ich streife die Schuhe ab, reiße die zerlöchernten Strümpfe von den Füßen. Blauschwarz sehen die Beine aus, unter deren Nägeln ein wahnwitziges Bohren und Kagen zu hören ist. Sandlöcher haben sich hier in das Fleisch eingebohrt. Mit dem Messer müssen die Insekten, die sich festgebissen haben, herausgerissen werden.

Wie gut der Schmerz tut, wie ablenkend gut. Mit der Dunkelheit kommt eine festsame Ruhe über mich. Ich dachte an die erste Nacht in der Wüste, die gestern war, und dann an die letzte Nacht meines Lebens, die wahrscheinlich heute sein würde. Und dann fiel mir mit einem elektrischen Schlag etwas ein ... Das Flugzeug! Bald mußte es die Wüste überqueren. Wenn ich

Der Rettungengel.

Im Nu hatte ich meine Kleider ausgezogen, die Unterwäsche abgelegt, die Beine auf das Bündel geworfen und dann nur die Hose und das Jackett des Smoking wieder angezogen. Alle Spiere, die ich in den Taschen fand — nur nicht die Zigaretten — wurden zurechtgelegt. Die Streichhölzer in der Hand, stand ich bereit, ein brennendes SOS-Signal in der Wüste zu errichten, sobald ich das dumpfe Surren des Postflugzeugs am Himmel hören konnte.

Stundenlang lauschte ich in fieberhafter Erwartung. Dann färbte ein fernes Licht das Rachen des Fliegers früher an, als das Surren der Propeller. Mit zitternden Fingern entzündete ich das Streichholz. Die Papiere leuchteten auf, die trodene Wüste faßte Feuer, die Schuhe brannten.

Der Flieger mußte das Zeichen sehen. Wußte er aber, daß dieses ein Notsignal war? Konnte er nicht ebenso gut denken, daß es sich um ein bedeutungsloses Lagerfeuer handelte?

Mit entzündeten Augen verfolgte ich das Flugzeug.

Da ... es war über mir — jetzt mußte die Entscheidung fallen ... würde es mein Todesurteil sein? Oder das Leben, das liebe, schöne, herrliche Leben? (Fortsetzung folgt.)